

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Sammelt für Mansfeld!
Mansfeld muß siegen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abonnementpreis: Die neunmal geschnittene Monatshefte oder deren
Kauf 20 Pf. für Familienzeitung 20 Pf., für die Restausgabe (anfallend
an den dreißigjährigen Teil eines Teils) 1,50 RM. Anzeigenannahme nur
Montags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-Al. 1, Güterbahnhofstraße 2

Verkaufspreis: Frei Haus monatlich 2,50 RM (selbst im Voraus), durch
die Post 3,00 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint tägl-
lich, außer an Sonntagen und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich
Verlag auf Verspätung der Lieferung oder auf Ausbleiben der Nummer.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.B.H.,
Postfach: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 259.
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr allg. Sprechstunde,
betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitage 16-19 Uhr

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 8. Juli 1930

Nummer 156

Besteuerung der Millionäre von der SPD und den Nazis niedergestimmt!

Tragt Aufklärung in die Massen! — Entlarvt die Trabanten der kapitalistischen Lohnräuber!

München, den 8. Juli.

Im Bayerischen Landtag hat der Genosse Schaper den Antrag auf Sondersteuer für die Millionäre, Besteuerung der Dividenden, Sondersteuer auf die Aufsichtsratsanteile, Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50 000 Mark jährlich gestellt. Es sind dies ziemlich dieselben Forderungen, die unsere kommunistische Reichstagsfraktion gestellt hat. Was folgte bei der Abstimmung? Von der Bayerischen Volkspartei über die Faschisten bis zu den Sozialdemokraten stimmten alle gemeinsam den kommunistischen Antrag nieder. Die Trabanten der Millionäre, der Jungkapitalisten, können sich nicht besser entlarven.

Bühner-Gat durchgepeitscht

Tribüne geräumt / KPD-Anträge niedergestimmt
Dresden, 8. Juli.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hand im Zeichen der Ablehnung fast aller kommunistischen Anträge. Unter Antrag für die Pflichtarbeiter, dem unter dem Druck der Tribüne die Dringlichkeit zugesprochen wurde,

konnte nach Räumung der Tribüne nicht verhandelt werden, da ihm von der sich in Sicherheit wiegenden gesamten Stadtverordnetengesellschaft die Unterstützung verweigert wurde.

Unser weiterer Antrag, allen durch das letzte Unwetter Geschädigten den entstandenen Schaden zu ersetzen (soweit das Einkommen nicht über 5000 RM beträgt) wurde gegen die Stimmen der Rechtsparteien — Demokraten, Wirtschaftsparteiler und Arbeiter — angenommen. Die geplante Herabsetzung der Bedarfsätze für Fürsorgeempfänger wurde abgelehnt. Einigungsverhandlungen in der Gemeindefammer werden den Beschluß der Stadtverordneten ersetzen, damit mit Stolz die Parteien vor die Vermissten der Armen hintreten können, um im Vertrauen zu erklären: „Seht, wie warm unser Herz für euch schlägt!“

Gegen die Stimmen der KPD, der Nazis und Deutschnationalen wurde der Haushaltplan, nach vorheriger Räumung der Tribüne, angenommen. Er schließt mit einem Defizit von reichlich 20 Millionen RM.

Pflicht des Klassenbewußten Proletariats ist es, auf außerparlamentarischem Wege dafür zu sorgen, daß alle realitären Anschläge der verbundenen Arbeiterfeinde an der Solidarität der Arbeiterklasse scheitern!

Mansfeld unerschüttert!

Halle, 7. Juli.

Der Streik bei Mansfeld steht unerschüttert fest. Der Einfluß der KPD steigt organisatorisch. Allein im Laufe der letzten Woche sind über 500 Einzeichnungen auf Streiklisten der Zent-Streikleitung der Mansfeld-Arbeiter erfolgt.

Landarbeiter vor dem Kampf

Halle, 7. Juli.

Dem Rufe der KPD folgend, sind heute morgen die Arbeiter der Ziegelei Adelwitz für die Kampfparaden der KPD in den Streik getreten. Es ist zu erwarten, daß noch im Laufe des heutigen Tages die über 100 Leute zählende Belegschaft den Kampf aufnehmen wird. Auf den Gütern in der Umgebung fanden Belegschaftsversammlungen statt. Überall ist die Stimmung für den Streik. Auf einer Landarbeiter-Konferenz in Begram wurde ein Kampfausschuh gewählt und ein Beschluß zur Aufnahme des Kampfes gefaßt. Auch in anderen Teilen des Bezirks fanden gestern Versammlungen statt, wo ebenfalls Streikbeschlüsse gefaßt wurden.

Kampfparlament der Ruhrtrupels

Zur Vorbereitung des Streiks — Insaame Polizei-provokation
Bochum, 7. Juli.

Gestern tagte im Parkhaus in Bochum die Konferenz der Ruhr-Bergarbeiter. Unter den 723 Delegierten aus 115 Schachtanlagen befanden sich zahlreiche christliche, kirchlich-Duldsame, sozialistische, sozialdemokratische, sogar zwei nationalsozialistische Arbeiter, sowie Hunderte von parteilosen Arbeitern.

Dieser Kampfkongreß der Ruhrtrupels wurde durch eine insame Polizei-provokation eröffnet. Kriminalbeamte drangen in den Saal. Hinter ihnen wurde ein vierzigköpfiges Polizeikommando sichtbar und erzwang unter der Drohung der Kongreßauflösung und gestützt auf Sovering's Republikangehörigkeit, die mit hürnischen Kautzen aufgenommenen Anwesenheit von Kriminalbeamten im Kongreßsaal. Der rote Kampfkongreß wählte die Genossen Stalin und Thälmann in sein Präsidium.

Unter hürnischen Beifall schilderte der Genosse Florin den Kampf in Nordwest und die Lehren für die Ruhrarbeiterchaft. Einmütig wurde das Kampfprogramm zur Bergbau-Bewegung beschlossen. 38 Delegierte, unter ihnen ein seit 15 Jahren in der SPD organisierter Arbeiter, erklärten nach der Konferenz ihren Eintritt in die KPD.

SPD liefert Streikposten an Werks- direktion aus

Hohenzollernmethoden der SPD gegen den Nordwestkampf

Essen, 7. Juli.

Die Streikfront in Nordwest steht nach wie vor in schweren Kämpfen gegen sozialfaschistisch-christlichen Streikbruch und den wütenden Terror der Waentig-Polizei. Grillo-Funkle, Abteilungen von der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, die Betriebe und Betriebsabteilungen in Essen, Mülheim, Duisburg und Bochum setzen ihren Streik gegen Lohnraub fort. Der Betrieb Hottmann in Herne mit 700 Mann hat einen Streikbeschluch für morgen gefaßt, dagegen werden einige Abteilungen der Gute-Hoffnung-Hütte von Gelsenkirchen und Rüppersbusch morgen wieder arbeiten, auch das Magnetwerk von Dortmund muß infolge des reformistischen Betrugs den Streik abbrechen.

Eine ungeheure Erregung hat sich in der Arbeiter-schaft über die Gumminüppelattachen der Polizei gegen die Streikposten erhoben. In Gelsenkirchen fanden zwei große Kundgebungen der streikenden Metallarbeiter statt, die der KPD und SPD einmütig das Vertrauen aussprachen. 4 Arbeiter traten in diesen Kundgebungen in die KPD ein.

Die Polizei verhaftete vor den Krupp-Betrieben Streikposten und stellte ihre Personalien fest. Nach den schäblichsten Methoden der Hohenzollern-Polizei übergab sie im Auftrag des Sozialdemokraten Schröder die Adressen dieser Arbeiter der Kruppischen Werkpolizei und Direktion, worauf die feilsche Entlassung der Streikposten erfolgte.

In Oberhausen wurde eine Arbeiterin, die vor dem Hoffen-west Streikposten stand, von der Waentig-Polizei halb tot geprügelt.

In das Kupferwerk Lünen bei Dortmund wurden am Freitag 28 Streikbrecher im Lastwagen unter harter Bedeckung der Polizei des Sozialdemokraten Lübbering, darunter Mitglieder des DMB, befördert.

Nazi will die Streikfront von Nordwest erdolchen

Die Knechte der kapitalistischen Lohnräuber entlarven sich
Die Nationalsozialisten des Ruhrgebiets, die bereits in Massen Streikbrecher stellen, veröffentlichten ein Flugblatt, in dem es heißt:

„Ein Verbrecher ist, wer angesichts der wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiterchaft, angesichts der drei Millionen Erwerbslosen zum Streik aufruft.“

Täglich ist in den Organen Strahers und Hitters zu lesen: Kampf für Freiheit und Brot.“ In der Praxis versuchen diese „Kämpfer für Freiheit und Brot“ die gegen die Lohnräuber

kämpfenden Arbeiter niederzuringen. Die Arbeiterchaft wird mit diesen Nordwestkämpfen in den Betrieben besonders aufräumen. Sie wird durch die Entlassung einer breiten antifaunistischen Abwehrfront die faschistischen Streikbrecher aus den Betrieben verjagen.

Auch Bayern verbietet Glot

Nachdem die sozialdemokratischen Polizeibehörden von Preußen das Westindustriefest in Halle verboten haben, schließt sich jetzt auch die Polizeiregierung Bayerns an. In einem Erlass an alle Schulen fordert sie strenge disziplinarische Maßnahmen gegen erziehungsberechtigte und sonstige Personen, die die Kinder zur Teilnahme am Glot veranlassen.

Wenn Faschisten Diktatur errichten...

Nicht Enteignung der Kapitalisten, sondern Tod den Kommunisten

Helsingfors, 7. Juli.

Über 12 000 Anhänger der faschistischen Rappo-Bewegung, die sich an dem Marsch nach Helsingfors beteiligt hatten, sind heute, mit Dolchen bewaffnet, in der Stadt aufmarschiert. In der Hauptkundgebung hielten die Führer, darunter drei Pfaffen, Ansprachen, in denen sie zur Ausrottung des Kommunismus aufriefen.

Die Regierung nahm vollständig an der Kundgebung teil. Der Reichspräsident, der ebenfalls erschienen war, hielt eine Begrüßungsansprache.

Durch Verfügung der Regierung wurde gegen alle kommunistischen Abgeordneten ein Haftbefehl erlassen.

Dresden, den 8. Juli.

Die Faschisierung Finnlands entspricht der außenpolitischen Orientierung des Weltimperialismus, nämlich kapitalistischen Interessen an der Westgrenze der Sowjetunion gegen die UdSSR zu mobilisieren. Der innerpolitische Boden für den Faschismus ist die gewaltige Wirtschaftskrise in Finnland, die Tausende von Kleinbauern ruiniert. Geschickte Demagogie der Faschisten, vor allem aber der jahrelang mit Hilfe der Sozialdemokratie ausgeübte Terror gegen die Kommunisten bis zur

Er mordung ihrer besten Funktionäre hat dem Faschismus den Weg bereitet.

Die Ereignisse in Finnland zeigen zwei bemerkenswerte Tatsachen. Faschismus und bürgerliche Demokratie sind keine Gegensätze, wie die SPD den Arbeitern weismachen will, sondern die faschistische Diktatur erwächst aus der Demokratie! Die eine Form der kapitalistischen Herrschaft geht in die andere über. Der Unterdrückungsapparat der Demokratie ist auch der Unterdrückungsapparat des Faschismus.

Aber auch der Faschismus entlarvt sich gründlich. Nicht Enteignung der Kapitalisten, deren Profitordnung die Wirtschaftskrise und damit nominales Elend für die arbeitenden Massen herbeiführt, ist die Lösung der Faschisten, sondern „Tod den Kommunisten“. „Nieder mit der Sowjetunion“ ist ihr Programm. Ihre Phrasologie, mit der sie die bürgerlichen Elemente um ihre Fährten locken, weist im Augenblick der Machtergreifung dem nackten, blutigen und ausschließlichen Terror gegen den Todfeind der Kapitalisten, gegen die Kommunisten.

Finnland ist ein Warnsignal für das deutsche Proletariat. Der Kampf gegen den Faschismus ist zugleich ein Kampf gegen die bürgerliche Demokratie. Das gilt es, vor allen Dingen für die sozialdemokratischen Arbeiter, zu erkennen.

Vor der Entscheidung im Reichstag

Erste Lesung der Deckungsvorlage des Bürgerblocks

Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Als erster Tagesordnungspunkt der Montagssitzung des Reichstages wird der deutsch-rumänische Handelsvertrag behandelt. Dazu erklärt Genosse Hönke, daß durch diesen Vertrag der Zollkrieg erheblich verschärft werde. Die Sozialdemokratin Toni Sender spricht für den Vertrag und erklärt, zu den Kommunisten gewandt: „Es gibt nun einmal eine kapitalistische Gesellschaft, und die Arbeiter wollen in der kapitalistischen Gesellschaft leben. Darum muß man sich mit solchen Verträgen abfinden.“

Zur Beratung der Deckungsvorlage der Regierung (Reichshilfe der Beamten, Vermögenssteuer, Änderung der Tabaksteuer u. m.) nimmt als erster das Wort

Reichsfinanzminister Dietrich

(Die Kommunisten rufen: Nieder mit der Bürgerblockregierung!)

Ich danke meinem Vorgänger Dr. Moldenhauer für seine mannhafte Arbeit. Wir werden versuchen, 100 Millionen im Etat an Einsparungen durchzuführen. (Kommunistische Zurufe: An welchem Etat?) Die Wünsche des Handelsbundes auf Kürzung der Soziallasten gehen zu weit. Wir haben allerdings die Summen für die Invalidenversicherung und für die Wochenlöhne um ein Erhebliches gestrichen. (Komm. Zurufe: Hört, hört!) Das ist nicht bei mir gemacht worden, sondern noch bei Herrmann-Müller-Regierung. (Amdauernde Hört-Hört-Rufe.) Ich werde noch vor den Sommerferien ein Gesetz zur

Abkappung der Rentenansprüche in der Kriegsbeschäftigtenfürsorge

einbringen. (Witzrufe bei den Kommunisten und Zurufe: Wie sieht's mit Einsparungen bei der Reichswehr?) Man kann auch die Reichswehr abschaffen, aber wir werden Ihnen (zu den Kommunisten) den Gefallen nicht tun. (Lebhafte Beifall rechts und in der Mitte.) Das Wichtigste ist, daß auch die Gemeinden zur Gesundung gelangen. Ich schlage Ihnen daher eine

Kopfsteuer (Komm. Zurufe: Hegersteuer!) in der Höhe von 6 Mark pro Person und 9 Mark für ein Ehepaar

vor. Durch diese Steuer können 210 Millionen Mark aufgebracht werden. Gleichfalls kann in den Gemeinden die Grundsteuer erhöht werden. Auch über die Möglichkeit der Änderung der Tabaksteuer muß noch gesprochen werden.

Abg. Dr. Herz (Soz.): In wielem stimme ich mit den Ausführungen des Reichsfinanzministers überein. Auch wir waren während unserer Regierungszeit bereit, es zu verantworten, wenn große Lasten auf die Bevölkerung gelegt wurden.

Wir Sozialdemokraten sind immer zu einer Sanierung der Reichsfinanzen bereit.

Wenn diese Sanierung ist die Voraussetzung zum Gedeihen der gesamten Wirtschaft. Wir sagen auch, daß, wenn die Lasten nicht von den Tragfähigen getragen werden können, sie auf die Masse des Volkes gelegt werden müssen. (Stürmisches: Hört, hört!) b. d. Komm.) Eins ist klar: größere Lasten sind im jetzigen Augenblick unvermeidlich. Das ist zwar bitter, notwendig ist aber auch, daß man zur Verminderung der Ausgaben kommt. Man kann bei der Wehrmacht sparen, ohne ihrer militärischen Kraft Abbruch zu tun. Man sollte auch an eine Minderung der Pensionslasten denken. Ich fürchte, daß durch die jetzigen Maßnahmen der Regierung die Gesundung der Reichsfinanzen noch nicht erreicht wird.

Unter großer Aufmerksamkeit, besonders der zahlreichen Besucher auf den Tribünen, spricht der Redner der kommunistischen Fraktion.

Genosse Neubauer

Man muß der Regierung dankbar sein, daß sie in den zwölf Wochen ihres Bestehens alle Illusionen, die viele Kleinbürger, viele Mittelständler, Beamte und auch zahlreiche christliche Arbeiter hatten, restlos zerstört hat. Am 1. April trat Brüning im Reichstag mit einem großen Bußfett von Versprechungen auf. (Zuruf: Das war nur ein Aprilscherz!) — Heisterfeldt! Jetzt nach 12 Wochen wissen die Arbeiter Bescheid über den Charakter dieser Regierung, und helle Empörung ist eingetreten. Aber auch bei den kleinen Gewerbetreibenden und unteren Beamten gärt es. Alle sehen, diese Regierung plündert die Armen aus, um den Reichen mit vollen Händen zu geben!

Einige Phrasen und was dahinter steckt!

Im Laufe von sechs Monaten gab es in Deutschland drei Regierungswechsel. Man sprach erstens vom Segen des Youngplans. Wo ist dieser Segen?

Der Youngplan hat die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht vermindert, sondern noch verschärft.

Man sprach vom „Segen der Rationalisierung“. Wie sieht dieser Segen aus? Durch die Rationalisierung ist die Krise gemachsen, und ein Arbeitslosenheer von riesigem Umfange ist entstanden. Dann jammerten die Finanzminister vom Kapitalmangel in Deutschland. Doch was ist heute der Fall? Es gibt eine Geldflutigkeit ohne Gleichen. In den Banken lagern Milliarden. Die Bankherren sind nun der Sorge um die Abnahme erfullt. Dann kamen die Minister mit einem neuen Schwindel. Sie sprachen von der Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und von der Belebung des Baumarcktes. Doch was macht die Regierung heute? Sie erhöht die Mieten und macht den Arbeitern den Bezug neuer Wohnungen unmöglich. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Und dann kam das Gerücht vom Preisabbau. Was ist daraus geworden? Der Finanzminister Dietrich hat selbst im Reichstag erklärt: „Niemand will den Anfang machen.“

Was wurde aus den Sanierungsversuchen?

In sechs Monaten legten die Regierungen dem Reichstag fünf verschiedene Sanierungsprogramme vor. Das erste kam von Dr. Hinnerk in dem Dezember und brachte 400 Millionen Mark Steuern. Ihm folgte Moldenhauer im Januar mit seinem Zündholzmonopol und der Kreuzerentlastung. Im März kam das Herrmann-Müller-Moldenhauer-Programm mit der Tees- und Kaffeestoff-Erhöhung. Dann kam Brüning. Sein erstes „Sanierungsprogramm“ brachte die Erhöhung der Umsatzsteuer, der Mineralwassersteuer, der Warenhaussteuer und des Benzinzolls. Insgesamt befaßten diese vier Sanierungsprogramme die Werktätigen allein nach den Ausrechnungen der Regierungen mit rund einer Milliarde. Und nun kommt das fünfte Sanierungsprogramm. Auch dieses Programm wird eingehend mit einem Trost an die Werktätigen. Tröste! Tröste! diesmal ist es wirklich das letzte! (Heisterfeldt!) Doch wir Kommunisten sagen jetzt schon, auch dieses Programm wird nicht das letzte sein, weitere Markterhöhungen und Massenbelastungen auf allen Gebieten werden folgen.

Die bürgerliche Gesellschaft ist unfähig, ihre eigene Wirtschaft zu weitem. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Man betrachte demgegenüber den gewaltigen Fünfjahresplan der Sowjetunion, der nur in dem Sinne residiert wird, daß er in vier Jahren durchgeführt wird.

Das neue Steuerbüfett und wo Geld zu holen ist

Kunze schlägt die Regierung vor, eine Vermögenssteuer einzuführen, die Tabaksteuer zu ändern, die Beamten zu belasten und eine fünfprozentige Einkommensteuer zu erheben. Was die letzte Steuer betrifft, so muß ich gleich erklären, daß es sich dabei um einen großen Bluff handelt; denn der ganze Zuschlag zur Einkommensteuer soll nur 58 Millionen aufbringen. (Hört, hört! b. d. Komm.) Wir stellen gerade in dieser Zeit die Frage:

„Gibt es keine Quellen, wo man das Geld herbeschaffen kann?“

Der Minister soll sich nur einmal das Leben in den Luxushäusern ansehen. (Sehr wahr! b. d. Komm.) 12 Milliarden sind ins Ausland verschoben! (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Wie wollen Sie das ändern?) Daß Sie das nicht ändern wollen, glauben wir gern. Alle Parteien hier im Hause haben unseren Antrag auf

Freigabe des Bankgeheimnisses und Aufhebung der Steuerlisten

abgelehnt. Für die deutsche Regierung gibt das Wort des Herrn Dietrich: „Man muß das Geld nehmen, wo man es kriegt!“ Man kriegt es aber nur von den Armen; denn dazu hat man die Schupo, die Reichswehr, die Klassenrichter und die Gefängnisse. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Wir Kommunisten verlangen demgegenüber, daß die Schmarotzer und Ausbeuter zahlen.

Es gibt in Deutschland 5115 Leute mit über 1/2 Million Vermögen und 2463 Millionäre. Insgesamt haben diese Leute ein Vermögen von über 9 Milliarden!

Es gibt in der deutschen Republik, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, Millionäre, die über 1,6 Milliarden

mühsames Einkommen eintruden. Wenn der Demokrat Reichstagsgewählter, ist Minister Luftschiffbau und besitzt ein mühsames Einkommen von über 1/2 Million jährlich. (Hört, hört!) Warum zahlt man diesen Schmarotzer nicht schuldig an? (Ordnungsruf des Präsidenten.)

Warum kriecht man nicht die hohen Gehälter und die hohen Pensionen? (Zuruf von rechts: Das sind wohl erworbene Rechte!)

Schöne Rechte! Die Werktätigen aber sollen verhungern, die Krankengelder werden gekürzt, die Erwerbslosen, unterstützungen abgebaut, und da sprechen Sie (zu den Deutschnationalen) von den erworbenen Rechten der Schwerverdienter!

Wir wissen, keine Regierung wird unsere Vorschläge annehmen. Die Regierungen in diesem kapitalistischen Staat sind immer nur der Verwaltungsausschuß der deutschen Ausbeuterklasse.

Der „Staatspolitiker“ Herß

Herr Herß hat eine „Staatspolitische“ Rede gehalten. Er hat sich angeboten als der Mann, der das Rezept zur Rettung des deutschen Kapitalismus in der Tasche hat. Dieses Rezept ist das Finanzprogramm der SPD. Man muß verstehen, das Bürgerblockkabinett hat einiges aus dem SPD-Programm übernommen.

So stammt der Vorschlag zur Vermögenssteuer vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun.

Von der preussischen Regierung stammt auch der Vorschlag zur Erhöhung der Schantverzehrssteuer. In der Tat rechnet auch Brüning mit der Unterstützung der Sozialdemokraten bei der jetzigen Durchsicht seines Programmes. Der „Staatspolitiker“ Herß liefert eine 153-Mann-Fraktion als Rettungskönig für den Bürgerblock. (Sehr wahr! b. d. Komm.)

Solange die Bürgerblockregierung am Ruder ist, droht sie mit der Durchführung ihrer arbeitereindlichen Steuergeheiß durch den Paragraphen 48 der Reichsverfassung, durch die Diktatur. Wir rufen den Arbeitern zu: Nehmt den Kampf auf gegen diese Regierung, steht über zum offenen Angriff; wenn die Bourgeoisie die Frage der Diktatur auf die Tagesordnung stellt,

dann sagen wir: Nicht faschistische Diktatur, sondern revolutionäre Diktatur!

(Lebhafte Beifall b. d. Komm. und Händeklatschen.)

Da alle übrigen bürgerlichen Parteien, auch die Nationalsozialisten, auf das Wort verzichteten, wird die Debatte geschlossen und die vorliegenden Anträge dem Steuerauschuß überwiesen.

Die sächsische SPD als Wegbereiter des Faschismus

Entschließung der Landesinstanzen für größte Koalition — Freude bei Straßer

Dresden, den 8. Juli.

Die Landesinstanzen der sächsischen Sozialdemokratie haben einen Beschluß gefaßt, in dem sie sich bereit erklären, auf der Grundlage ihres im März aufgestellten Programms die Regierung zu übernehmen und mit den anderen Parteien zu verhandeln. Als Ministerpräsident wird Lipinski vorgeschlagen.

Die bürgerliche Presse kommentiert diesen Beschluß wie folgt:

„Dieser Beschluß vermeidet — offenbar mit Absicht — klare Formulierungen. So läßt er z. B. die Streitfrage offen ... ob das Programm vom März tatsächlich als Mindestprogramm oder nur als Verhandlungsgrundlage gelten soll. Ebenso ist der Kreis der Parteien, die nach Auffassung der Sozialdemokraten für die Große Koalition mit in Frage kommen, nicht genau umschrieben. Der Wortlaut des Beschlusses deutet darauf hin, daß die Sozialdemokraten gegen eine Beteiligung der Wirtschaftspartei wohl nichts einzuwenden würden ...“

Da schon das sozialdemokratische Programm vom März 1930 in nicht unwesentlichen Punkten gegenüber dem Regierungsprogramm vom Juni 1929 abgemildert ist, ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Sozialdemokratie auch weiterhin nicht strikte an allen Einzelanforderungen festhalten wird.“

Diese Auslassungen der bürgerlichen Presse werden noch durch den Wechsel der Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl ergänzt. Als Einsteiger der größten Koalition ist Herr Lipinski seinem ursprünglichen als Kandidaten vorgeschlagenen Kollegen Friedrich noch um eine Rollenlänge voraus. Wenn Geschäfte die „linken“ SPD-Führer mit ihrer Koalitionserklärung belegen, daß sie in der Tat die Wegbereiter des Faschismus sind, zeigt die Stellungnahme des sächsischen Beobachters, des faschistischen Straßer-Organs, von heute morgen. Es heißt da:

„Angelehnt der Bereitwilligkeit der sächsischen SPD, eine Regierung der Großen Koalition bzw. einer erweiterten Koalition mit Einschluß der Wirtschaftspartei zu bilden, betonen wir, daß wir eine solche Regierung auch politisch für richtig halten würden. Die Parteien, die die heutigen Zustände durch ihre Erklärungen herbeigeführt haben, sollen auch offen die Verantwortung hierfür tragen. Wer in die Regierung hineingehört, muß sich darüber klar sein, daß er damit praktisch Youngerfällung betreibt.“

Also hinein mit der SPD in die Regierung. Um so größer ist die Chance der faschistischen Demagogie, den „Marxismus“ als die Quelle allen sozialen Übels hinzustellen. Die Faschisten wünschen die Beteiligung der SPD an der Regierung. Und die sozialdemokratischen Gegenspieler erklären sich dazu bereit.

Am Donnerstagtag ist die erste Landtagsitzung. Wir Kommunisten werden den Regierungshandel durchleuchten und Forderungen einbringen, die den unmittelbaren Interessen der arbeitenden Massen Sockens dienen. Auf dieser Grundlage wird sich die kämpfende Einheitsfront des gesamten Proletariats unter unserem Banner schließen.

Ein elendes Ablenkungsmanöver der SPD-Presse

Es ist auch schon einem Teil der sozialdemokratischen Arbeiter bekannt, daß die sozialdemokratischen Führer als Argumente gegen die Tätigkeit der Kommunisten im Reichstag nur noch naive Verdächtigungen oder krupellose Fälschungen vorbringen können. So schreibt der Vorwärts am vergangenen Sonntagabend, daß durch das Fehlen eines kommunistischen Abgeordneten im sozialpolitischen Ausschuß der Unterstützungsausschuß an den Erwerbslosen beschloßen wurde. Der Vorwärts versucht also die Schuld vom Bürgerblock auf die Kommunisten abzuwälzen und eine Chronik für Brüning voranzutreiben.

Wir stellen dazu ausdrücklich fest, daß Gen. Hein während der Ausschußsitzung von einem Berliner Vertreter abgerufen wurde. In den zwei Minuten seiner Abwesenheit

aus dem Ausschuß wurde die Abstimmung vollzogen. Das stimmt. Aber eine gemeine Lüge ist es, wenn der Vorwärts dazu ausführt, daß dadurch eine Mehrheit für den Unterstützungsausschuß zustande gekommen ist. Im Ausschuß ist eine Mehrheit für den Ausschuß von mindestens 3 Stimmen und im Plenum des Reichstages, in dem die Abstimmung noch zweimal wiederholt wird, ist sogar eine Mehrheit von mehreren Duzend Stimmen. — Also, je ärmer die Argumente, um je größer der Schwund, um je gemeiner die Verdrehungskünste!

SPD gegen Margies' Freilassung

Berlin, den 7. Juli.

Preußen hat beim Reichsrat Einspruch gegen die vom Reichstag beschlossene Amnestie erhoben. Das sind die Sorgen der SPD-Führer. Dasselbe Preußen hat in der letzten Reichstagsung der Deckungsvorlage des Bürgerblocks zugestimmt. Es erhebt aber Einspruch, wenn es den Kommunisten gelingt, Margies und andere Kämpfer des Proletariats zu befreien.

Hunderte von Arbeitern verhaftet

Die republikanische Polizei als Schutzgarde der Faschisten

Immer mächtiger entfaltet sich die proletarische Abwehrbewegung gegen den Faschismus. Immer eindeutiger zeigt sich das Bündnis zwischen kapitalistischer Staatsgewalt und Faschisten. Allein die bürgerliche Morgenpresse von heute bringt drei entsprechende Meldungen. Bei Worms wurden die Faschisten blutig heimgeschickt. Die Polizei verhaftete insgesamt über 400 Arbeiter.

In Bremen mußte der Stahlhelm Spiegheln laufen. Die Polizei zog blank und verhaftete 25 Arbeiter.

In Limbach bei Chemnitz erging es den faschistischen Propagandisten ebenso. Sämtliche Fensterheben des faschistischen Versammlungsorts gingen in Trümmer. Die Polizei verhaftete 50 Arbeiter.

Nazi-Epaltung in Blauen vollzogen

Dresden, den 8. Juli.

In Blauen, im Reiche des Textilfabrikanten Wuttchmann, ist der offene Kampf ausgebrochen. Die Nazi-Blockverordneten Bock und Wolf, die bisherigen Wortführer der Fraktion, sind auf Befehl Hitlers aus der Partei ausgeschlossen worden. Mit dem Ausschluß des Stadterordneten Bucher ist zu rechnen. Wolf erklärte in erregtem Tone: „Das wäre noch schöner, wenn wir auf Befehl sitzen müßten! Hat Wuttchmann die Partei aufgebaut, oder waren wir das?“ Im Erörterungsraum der Stadterordneten Bucher in erregtem Ton: „Diesen verfluchten Radauabergeschrei bei uns mach ich nicht mehr mit!“

Auch die Blauener Vorläufer liegen in der Linie der Spaltung der Nazi-Partei. Warum die Straßer und Buchrunder des Hitlerkults „hinein in den Staat“ nicht mitmachen wollen, bemüht sich Straßer in heutigen „Sächsischen Beobachter“ zu beweisen:

„... Dann ist das Ergebnis, daß wir nichts gewonnen haben, aber viel verloren ... den Glauben an unsere Unabdingbarkeit, das große Plus unserer Unerschrockenheit, das Schwung unseres revolutionären Willens.“

Immer klarer zeigt sich die Arbeitsteilung zwischen dem Straßer- und Hitlerlägel. Während Hitler dem kapitalistischen Staat seinen Apparat und die kleinbürgerliche Massenbasis der Hitlerpartei zur faschistischen Durchführung des Youngerfällens offen zur Verfügung stellt, ist es die objektive Aufgabe der Straßerseite, die proletarischen Elemente des Faschismus durch radikale antikapitalistische Phrasologie bei der Forderungsführung zu halten. Der Prozeß der Abwanderung proletarischer Elemente ins kommunistische Lager soll aufgehalten werden.

Die ... hatbe

Die ... lassen, in ... sich offen ... gewaltige ... fordert alle ... gierung zu ... Die ... ist gegen ... gebung er ... durchführe ... des Kom ... geheiß in ... Die ... Soinhuf ... wurde un ... zum Mar ... nicht bet ... werkschaft

Der ... selji ... singlers hat ... w oblie an ... Die übrigen ... kommen in ... Die Ja ... alle mit ... ärlich zu ... findet heute

Solida ... Ein ... Die ... Kleinbauern ... Wastuf: ... Wir w ... gefamte Be ... K g h a e l e ... ihren Wohn ... Parlament u ... unbekannt ... Gruppe, die

Die ... Paris, 7 ... teren Selne ... gely“ immer ... Arbeiter der ... schuß; auf ... dieser Betrie ... türmlich beg ... 1933. gewöh

Die ... Fortsch ... Jawohl, ... Bahja g ... Im Korrid ... und wärme ... Figarette an ... kommen Sie ... Petromma min ... 10 Uhr, ver ... „Wohin g ... Ich muß ... Er ging ... Lampe in der ... leuchten. Als ... leife: „Was je ... „Das soll ... kannschaft mi ... durch ihn in ... Bolschewismus ... „Wie?“ ... „Weil er z ... Bergnügen mi ... „Was ist ... „Du mußt ... diesem etzhaft ... „Aber Sie ... „Wir bran ... tun muß. Ab ... weg.“

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die finnische Faschistendiktatur am Werk

Hastbefehl gegen alle kommunistischen Abgeordneten — Helsingfors von bewaffneten Faschistenbanden besetzt

Helsingfors, 7. Juli. Die finnische Regierung hat die sofortige Verhaftung sämtlicher noch auf freiem Fuß befindlichen kommunistischen Abgeordneten angeordnet. Gleichzeitig wurde mit der Schließung und polizeilichen Besetzung der Volkshäuser der revolutionären Gewerkschaften begonnen.

Die Regierung Soinhusud hat eine Kundgebung erlassen, in der sie die rückfischlose Bekämpfung des Kommunismus als ihre Hauptaufgabe hinstellt und sich offen mit dem Faschismus solidarisiert, den sie als eine „gewaltige patriotische Bewegung“ hinstellt. Soinhusud fordert alle „patriotischen Männer“ auf, sich um die neue Regierung zu scharen.

Die Führer der Sappo-Bewegung haben im Gegensatz zu ihrer vorgestrichen Erklärung einer vollständigen Loyalität gegenüber der Soinhusud-Regierung eine neue Kundgebung erlassen, in der sie mit allem Nachdruck die sofortige Durchführung ihrer Forderungen auf vollkommene Ausrottung des Kommunismus und reaktionäre Abänderung des Wahlsystems in ein Ein-Mann-System verlangen.

Die Sozialdemokraten arbeiten mit der Regierung Soinhusud und den Faschisten vollkommen Hand in Hand. So wurde unter anderem eine Vereinbarung getroffen, wonach die zum Marsch nach Helsingfors einrückenden Faschisten die Straßen nicht betreten, in denen sich die beiden sozialdemokratischen Gewerkschaftshäuser befinden.

Der Marsch nach Helsingfors

Helsingfors, 7. Juli. Der Faschistenmarsch nach Helsingfors hat begonnen. Am Sonntag sind bereits 1000 Kuosobille angekommen, für Montag werden weitere 500 erwartet. Die übrigen Teilnehmer, im ganzen werden 10000 erwartet, kommen in Sonderzügen an.

Die Faschisten, meistens ältere, wohlhabende Bauern, sind alle mit langen Dolchen bewaffnet. Sie ordnen sich militärisch in Kompanien und Bataillonen. Der Hauptaufmarsch findet heute statt.

Solidaritätsaufruf aus Finnland

Ein Telegramm der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die Reichstagsfraktion der finnischen Arbeiter und Kleinbauern richtet an das Weltproletariat den folgenden Aufruf:

Wir wenden uns hiermit an unsere Genossen und an das gesamte Weltproletariat. Wir geben bekannt, daß die Mitglieder der Kalle Meriläinen und Arvo Lehto aus ihren Wohnungen und andere aus dem Zuge auf der Reise zum Parlament mit Gewalt entführt wurden. Sie wurden nach unbekanntem Orten verschleppt, während Mitglieder unserer Gruppe, die noch frei sind, von den Faschisten gefoltert und ver-

Die französische Arbeiterschaft rüstet zum Kampf

Paris, 7. Juli. Im gesamten Industriegebiet an der unteren Seine greift der Kampf gegen das „Sozialversicherungs-gesetz“ immer weiter um sich. In Montoville bildeten die Arbeiter der Chemiefabrik Bononié einen Kampfausschuß; auf einer Versammlung, an der über 1000 Arbeiter dieses Betriebes teilnahmen, wurden die Lösungen der CGIL förmlich begrüßt und eine Delegation zum V. Kongress der CGT gewählt.



Kopiert by Internationaler Arbeiterverband, Berlin.

Fortsetzung

„Tawohl, morgen hörst du von mir.“

Wohja ging.

Im Korridor stand Jelena Petrowna, frisch, rosig, verfloren, und wärmte sich an eisernen Ofen. Wohja zündete sich eine Zigarette an und die Alte fragte leise: „Warum so schnell? Kommen Sie doch einen Augenblick zu uns herein.“ Jelena Petrowna winkte. Wohja rief laut: „Es ist schon spät, 10 Uhr...“

„Wohin gehen Sie?“

„Ich muß noch in den Semstwo gehen.“

Er ging heraus und Jelena Petrowna folgte ihm mit der Lampe in der Hand, um ihm die dunkle Treppe herunterzuleuchten. Als sie die Tür hinter sich geschlossen hatte, fragte sie leise: „Was soll das bedeuten?“

„Das soll bedeuten, daß du ein Kreuz hinter deine Bekanntheit mit dem Podennarbigem machen mußt. Du verläßt durch ihn in den Augen eures Meisters. Er verdächtigt dich des Bolschewismus.“

„Wieso?“

„Weil er dich für zu ernst hält, als daß du nur zu deinem Vergnügen mit einer so ekelhaften Frage flirten könntest.“

„Was ist da zu tun?“

„Du mußt vorsichtig sein, du darfst dich auf der Straße mit diesem ekelhaften Kerl nicht sehen lassen.“

„Aber Sie wissen doch, warum...“

„Wir brauchen dich es nicht zu sagen. Ich weiß, daß du es tun mußt. Aber das macht nicht soviel aus, es sieht ja doch bald weg.“

folgt werden. Auch andere Arbeitergenossen sind diesen Verfolgungen ausgesetzt.

Erhebt euch in allen Ländern, um mit uns zu protestieren für die Freiheit des finnischen Proletariats, gegen den finnischen Faschismus!

Die Reichstagsfraktion der finnischen Arbeiter und Bauern, William Tanner.“

Schanghai im Ringe von Partisanen

Unaufhaltsamer Vormarsch der roten Truppen in China

Schanghai, 7. Juli. In der Provinz Hunan wurden die Städte Potschow und Tschunglin von roten Truppen erobert. Das ganze Gebiet von Schanghai soll sich im Besitz der Kommunisten befinden.

Wie die „Schanghai Times“ mitteilen, haben die Roten Partisanen die Städte Schentiang, Schung-go und Tschihem im Norden der Provinz Kiangsu eingenommen und dort eine Sowjetregierung organisiert. Außerdem wurden Bauernverbände organisiert und die Aufteilung des Landes vorgenommen.

In den letzten Tagen hat sich die kommunistische Agitation in den Arbeiterbezirken von Schanghai verstärkt. Auf vielen Straßen tauchten kommunistische Proklamationen und Aufschriften auf Häusern und Zäunen auf, worin die chinesischen Arbeiter zur Solidarität mit den unterdrückten Völkern von Korea, Formosa und Indien bei der Bekämpfung des Imperialismus aufgefordert werden. Großes Entzücken der Bourgeoisie rief hervor, daß ein Flugzeug, das Schanghai überflog, kommunistische Flugblätter abwarf, in denen die Arbeiter zum Kampfe gegen die Kuomintang, für den Achtstundentag aufgefordert werden. Die Behörden haben zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Verbotene Massenkundgebung in Sosnowice

Straßenkämpfe mit der Polizei

Warschau, 7. Juli. In Sosnowice fand am Sonntag trotz Verbots eine Massenkundgebung der polnischen Arbeiterschaft gegen die katastrophale Notlage der Arbeitslosen und die Pilsudski-Diktatur statt. Die ausrückenden Polizeitruppen wurden mit einem Hagel von Steinen empfangen, worauf sie sofort einige Salven in die Menge abgaben. Es entwickelten sich heftige Straßenkämpfe. Ein Demonstrant wurde erschossen, mehrere Polizisten schwer verletzt. Der Arbeiterschaft hat sich gewaltige Erregung bemächtigt.

Straßenkämpfe in Buna

Mohammedaner gegen Simon-Bericht — Lebhaftige kommunistische Agitation

Bombay, 7. Juli. In Buna, 75 Meilen südöstlich von Bombay, verhielten gestern etwa 8000 Indier eine Demonstration zu veranstalten. Durch das rückfischlose Vorgehen der Polizei kam es zu heftigen Straßenkämpfen, in deren Verlauf zwei Leiter der Polizei, mehrere Polizisten und eine Anzahl Demonstranten schwer verletzt wurden. Die Polizeitruppen wurden mit einem Steinhagel zurückgetrieben.

Gegen Mitternacht zogen etwa 200 Gandhi-Freiwillige vor das Gefängnis in Buna, in dem Gandhi seit zwei Monaten fest und verurteilt dort eine Kundgebung. Dabei kam es erneut zu Zusammenstößen. Ein Kraftwagen mit englischen Leitern des Gefängnisses wurde vollkommen zerkleinert. Die Insassen schwer verletzt.

In Buna wurden sämtliche Versammlungen und Demonstrationen verboten.

Auf der Allindischen Konferenz der Mohammedaner, die zwei Tage lang in Klna tagte, prallten die Klassengegenstände innerhalb der Mohammedaner-Vereinigung hart aufeinander. Schließlich kam eine Entschlieung zur Annahme, die den Simon-Bericht für unannehmbar, rückständig und reaktionär erklärt.

Jugoslawischer Dampfer gestrandet

Konstanz, 6. Juli. In der Nacht zum Sonntag stieß ein italienischer Motorboot, das von Zara nach Spalato mit Ausflüglern unterwegs war, mit dem jugoslawischen Dampfer „Kara George witsch“ zusammen. Der jugoslawische Dampfer strandete im Kanal von Pashan. Von den 400 Passagieren, die der Dampfer an Bord hatte, sind fünf tot, siebenzehn wurden verletzt.

„Wohin?“
„Nach drüben... Also morgen um 10 Uhr in dem Haus neben dem Semstwo. Sag Mutter, daß sie morgen früh um 8 Uhr alle davon benachrichtigt. Wir müssen eine Sitzung abhalten.“
„Tawohl.“
„Geh jetzt wieder hinein, sonst schlägt er noch Verdacht.“
Jelena ging wieder hinauf.
Jwan Petrowitsch sah an seinem Schreibtisch. Vor ihm lagen mehrere Bogen Papier. Er hielt den Kopf in beiden Händen vergraben und dachte nach: Ich werde jetzt ein Tagebuch anfangen. Wer kann wissen, ob ich nicht bald irgendwo zwischen den Fronten auf der Straße bleibe. Mein Sohn soll wenigstens ein Andenken von mir haben, und meint...
Er jührte diesen Gedanken nicht zu Ende. Es war, als rühre jemand an sein Herz. „Wer weiß, wo Anitschka jetzt ist? Wie lange ist es her? Wohl zwölf Jahre.“
Er stand auf und blieb am Schreibtisch mit tief herabhängendem Kopf stehen. „Wäre der Kampf leichter, wenn sie jetzt bei mir wäre. Sie war immer so mutig und revolutionär.“
Aber dann kam es...
Er steckte sich wieder eine Zigarette an:
„Und wer könnte es sagen, wer der Schuldige war, wer recht und unrecht hatte?“
V.
Der härtige „Kaufmann“.
Draußen war harter Frost. Die Menschen hüllten sich in lange, doppelt gefütterte Pelzmäntel oder dicke Schafspelze. Sie eilten rasch durch die Straße und waren froh, wenn sie den Kopf aus dem hochgeschlagenen Mantelkragen stecken konnten und ihre Hausür sich wieder hinter ihnen schloß.
Aur ein kleiner schmächziger Mann war ärmer gekleidet. Er trug einen ausgewaschenen schabigen Pelz und sein Hals war mit einem dicken Wollschal umwickelt. Dieser Mann jagte förmlich durch die Straßen, er sah kaum das Licht, das sich von den großen Bogenlampen über den Bürgersteig ergoß. Er schien das Knirschen der Schritte auf dem festgefrorenen Pflaster nicht zu hören, ebensowenig wie er das Leben und Treiben der hauptsächlich von Offizieren bedrückten Straßen der sibirischen Haupt-

stadt zu bemerken schien. Er sah und hörte nicht, tief nur in einem fort, wend sich geschickt durch die promenierende Menschenmenge hindurch, verschwand minutenlang in einem dichten Menschenmäuel, klein und schmächtig wie er war, und tauchte bald wieder an einem menschenleeren Platz auf.
Dann verschwand er in einer vierstöckigen Mietkaserne einer dunklen Nebenstraße und hinter ihm verhallten rasch seine eilig knirschenden Schritte.
Niemand hatte ihn bemerkt, nicht einmal die Spigel, die sich zahlreich auf den Straßen befanden und jedem Fußgänger so eifrig ausspähten, besonders dem, der ärmlich gekleidet war. An einer Straßenecke fiel er sogar einem Spigel auf, er sah ihm eine Weile nach, stellte aber bald fest, daß dieses halbtägige Männlein der Statistiker vom Semstwo war.
Auf den Straßen der sibirischen Hauptstadt hatte man heute anderes zu tun, als einem solchen unscheinbaren Mann nachzuspüren.
Heute war man besonders gehobener Stimmung, es ging auf den Straßen hoch her, und trotz der 40 Grad Kälte dachte keiner daran, die Straßen zu verlassen.
Allenthalben herrschte Freude. Kleine Bärläpchen, die wie Bären in ihren Pelzchen aussahen, liefen durch die Straßen und riefen: „Ufa ist gefallen!“
„Ufa ist in unseren Händen!“
„Ufa ist unser!“
„Die Roten sind geschlagen!“
„Die Roten verlassen fluchtartig die Front!“
„Die Roten ergeben sich!“
„Die Unzeten machen keine Gefangenen!“
„Unsere... unsere... unsere...“
Um die ausschreitenden kleinen Bären staute sich die Menge, man rief sich um die Extrablätter und überflog trotz der heissen Kälte wenigstens die Ueberschriften der Telegramme.
Die Straße war voller Jubel. Die Straße war in Feststimmung.
★
Und in der dunklen Nebenstraße?
Hier herrschte keineswegs Freude. In einer verdeckten Ecke eines dunklen Hinterhofes, in einem verlassenem Quartier sahen bei einer kleinen Lampe fünf Personen.
(Fortsetzung folgt.)

Der Schandhaushaltplan durchgepeitscht!

Alle kommunistischen Anträge abgelehnt — Sozialdemokraten, Nazis und Bürgerliche in geschlossener Front gegen die Arbeiter Sozialfaschist Döhlisch läßt die Tribüne räumen — Pflichtarbeiter demonstrieren vor dem Rathaus

Dresden, am 7. Juli 1930.

Terienstimmung im Rathaus! SPD, Nazis und Bürgerliche, ohne große Wortgeleihe, beschließen sie. Lebhaft wird die ganze Gesellschaft immer erst, wenn ein Kommunist ihnen ihre „konsequente Linie“ aufzeigt. Wenn sie auch nie eine Linie in ihrer Politik sehen lassen, so zeigen sie doch eine auf, wenn es gilt, den Feind ihres kapitalistischen Staates zu verteidigen. Dann ist das Gemeinliche die eine gerade Linie, die heißt: Ablehnung aller Anträge, die das Los der schwer ringenden Arbeiterklasse verbessern könnten. Und wenn dann dieselbe Arbeiterklasse diesen Verrätern ihre Schurkerei ins Gesicht schmeißt, dann schmeißen sie die um alles Betrogenen aus dem Saal der Dresdner Bürger. Ohne Offenheit, ohne Kontrolle des Volkes, glauben sie unter Zuhilfenahme ihrer Trabanten, der bürgerlich-sozialfaschistischen Verschwörer, ihre Schändchen schneller ins Trockene bringen zu können.

18 Uhr abends. Kühne Jünger sind aufmarschiert und schämen die um des „Bürgers Wohl“ so außerordentlich besorgten „Stadtväter“ vor der „Guns!“ eben dieses Bürgers. Vermutlich ist das Rathaus von Sipos abgeräumt. Döhlisch scheint zu ahnen, daß die von seiner Fraktion so schwer betrogenen Pflichtarbeiter Unterstützung haben wollen. Trotzdem kommt eine Delegation der Pflichtarbeiter ins Rathaus herein. Bei den Arbeiterparteien wollen sie ihre Wünsche und berechtigten Beschwerden vorbringen. Die kommunistische Fraktion, bei der sie vorstünden, konnte ihnen erklären, daß ihre Forderungen bereits von uns erfüllt und in einem Dringlichkeitsantrag zu Papier gebracht wurden. SPD und Nazis, die „Ausharbeiter“parteien, hatten keine Zeit! die „jungen Burken“ und „aufgeputztes Gefindel“ (nach der Dresdner Volkszeitung) zu empfangen. Sie lehnten ab, sich mit Arbeitern über ihre berechtigten Forderungen zu unterhalten.

Mit reichlicher Verspätung scheinbar wegen des überhandnehmenden Schredes über das Schicksal von Arbeitern, begann die Sitzung. Die kommunistische Fraktion hatte vier Dringlichkeitsanträge eingebracht, denen unter dem offensichtlichsten Druck der wohlbestellten Tribüne auch die Dringlichkeit zugesprochen wurde. Döhlisch, der SPD-Vorsitzer, verflüchtigt jedoch deren Beratung am Schluß der heutigen Tagesordnung. Das Spiel der Herren, man muß es anerkennen, es hat gekloppt. Ihre Rechnung, sie hielten diesmal noch. Ihre Kalkulation, die Tribüne im Laufe der Beratung zum Räumen zu bringen, es wurde prompt durch die äußerst provokatorische Rede des „Staatsprokessors“ und „Kampfringers“ eines „arbeitslosen Einkommens“, des SPD-Mannes Dr. Freund, angeregt und von Döhlisch ausgeführt.

Die Tagesordnung: Eine kurze Anfrage der deutschnationalen Frau Brücker über die Sammelkassette des Johannstädter Krankenhauses bei Benachteiligung von Angehörigen eingelieferter Patienten, gibt der Anfrage der kommunistischen Fraktion über die großen Mängel im Johannstädter Krankenhaus erst den richtigen Anstoß. Der Rat hat in seiner Antwort natürlich alles „in Butter“ gefunden. Punkt 1 der Tagesordnung, betitelt die zeitlose Auseinandersetzung mit der ehemaligen Bezirks-

gemeinde Leuben, Anlauf der Bezirksanstalt Leuben usw., wird einstimmig angenommen. Punkt 2 (Weiterberatung des Haushaltsplanes, Kapitel 1, Konto 55). Kunzsch, der Mittelständler, wendet sich gegen die weitere Ausdehnung des Markfalls. In keiner Begründung dreht er mit einer evtl. Ablehnung des Haushaltsplanes, wenn seinem Wunsche nicht Rechnung getragen werde.

Zu Konto 49 (Ratskellerei) spricht Nazi-Bert, daß von der Ratskellerei zu viel Wein eingekauft sei. Genosse Schneider zeigte auf, daß es nur viel Schaumhählererei ist, wenn Kunzsch vorgibt, im Interesse des Mittelstandes zu sprechen. Ihm komme es nur auf einen weiteren Abbau der Regiebetriebe an.

Zu Konto 56 (Verteidigungsanstalt) stellt Gen. Schneider folgenden Antrag:

- 1. Eine Vorlage über die kommunale Totenbestattung auszuarbeiten und die Stadtverordneten hierüber zu berichten.
 - 2. Mit der Errichtung des Waldfriedhofes ist sofort zu beginnen.
- Mit den Stimmen der Bürgerlichen und Nazis wird der Antrag abgelehnt.

Genosse Schrapel geißelt nochmals die einseitige Politik, die von Kunzsch getrieben werde. Er solle sich lieber bei seinen Parteifreunden dafür einlegen, daß der Wohnungsbau gefördert werde, dann brauche sich kein Fuhrunternehmer mehr über so wenig Arbeit zu beklagen.

Mehr Mittel für Kinderpeisung abgelehnt

Kapitel m. Konto 75 (Schulamt). Hierzu stellt die kommunistische Fraktion den Antrag:

- „Kollegium wolle beschließen:
- a) Die Ausgaben werden erhöht bei „Förderung begabter Schüler und Schülerinnen aller Schulgattungen“ von 150 000 auf 410 000 RM
- b) bei Punkt 10 sind zu streichen das „Einzelschulstipendium“

Genosse Gabel: In Rücksicht auf die ungeheure Erwerbslosigkeit und die Tatsache, daß wohl kein erwerbsloser Familienvater die Mittel aufbringen kann, die nötig sind, um alle Ausgaben für die Förderung seines begabten Kindes zu tragen, ist unter Antrag eine Selbstverständlichkeit.

In mehreren Städten Deutschlands besteht bereits vollständige Verarmtheit. Leipzig zahlt heute noch einen Zuschuß von 410 000 RM, und das mit Zustimmung der SPD. Was aber geschieht in Dresden? Rücksichtslos wird hier von einem Sozialdemokraten getritten.

Zu Konto 76 (Volkshäuser) beantragt die KPD-Fraktion: „Kollegium wolle das Konto 76 mit folgenden Veränderungen feststellen:

- a) Es sind zu erhöhen die Ausgaben bei Ordentlicher Bauunterhaltungsaufwand von 270 854 RM auf 358 169 RM

- Außerordentlicher Bauaufwand von 29 850 RM auf 367 370 RM
- Schulbedürfnisse und Lehrmittel von — auf 17 880 RM
- Schülerbücherei von 20 300 RM auf 25 300 RM
- Schulbedürfnisse für bedürftige Kinder von 70 000 RM auf 100 000 RM
- dem weiteren Ausbau des Werkunterrichts sind 10 000 RM einzustellen
- Schulgärten von 12 454 RM auf 62 130 RM
- Besuch des Zoologischen Gartens durch Volksschulen sind 17 000 RM einzustellen
- Schulwanderungen von 77 000 RM auf 120 000 RM
- Unterricht am Rilm von 4200 RM auf 9200 RM
- Volkshäuser: Höheaufträge von 8206 RM auf 20 000 RM

Genosse Gabel führt dazu weiter aus: Wer sich vor Augen hält, daß Dresdner Schulen bereits über 100 Jahre alt sind, findet nur ein Kopfschütteln über die zünftigen Abträge beim Bau und Unterhaltungen von Schulen. Wenn man weiter berücksichtigt, daß bei Schulen während des Bauens mit Arbeiten aufgehört wurde, wird unter Antrag allen wirklichen Arbeiterparteien sympathisch sein.

Zu Konto 77 (Knabenberufsschulen) beantragt die KPD-Fraktion:

- „Kollegium wolle das Konto 77 wie folgt feststellen: Es sind zu erhöhen die Ausgaben bei Außerordentlicher Bauaufwand von — auf 11 770 RM
- Schulbedürfnisse für bedürftige Schüler von 5765 RM auf 15 000 RM
- Schülerbüchereien von 3000 RM auf 6000 RM
- Werkunterricht, Ordentlicher Aufwand von 15 450 RM auf 20 450 RM
- Werkunterricht, Außerordentlicher Aufwand sind 15 780 Reichsmark einzustellen
- Jugendpflege, Wandergeld für bedürftige Schüler von 5700 RM auf 12 000 RM

Zu Konto 78 (Mädchenberufsschulen) beantragt die KPD-Fraktion:

- „Kollegium wolle das Konto 78 mit folgenden Veränderungen feststellen: Es sind zu erhöhen die Ausgaben bei Außerordentlicher Bauunterhaltungsaufwand sind 81 715 RM einzustellen
- Ordentlicher Aufwand für Schulbedürfnisse von 5740 RM auf 7640 RM
- Schulbedürfnisse für bedürftige Schülerinnen von 5112 RM auf 8000 RM
- Lehrbüchereien von 2000 RM auf 3550 RM
- Schülerbüchereien von 3000 RM auf 6000 RM
- Arbeitsstoffe für den Werkunterricht von 3518 RM auf 6000 RM
- Jugendpflege betr. Wandergeld für bedürftige Schülerinnen von 5600 RM auf 10 000 RM
- Bedarf für den Nadelarbeitsunterricht von 12 000 RM auf 16 000 RM
- Bedarf für den Kochunterricht von 28 000 RM auf 35 000 RM
- Schulgärten von 830 RM auf 2380 RM

Zu Konto 79 (Allgemeiner und Ordentlicher Aufwand für das Volk- und Berufsschulwesen) beantragt die Fraktion der KPD: „Kollegium wolle beschließen, das Konto 79 mit folgenden Veränderungen festzustellen:

- Es sind zu erhöhen die Ausgaben:
- bei Unterhaltung der Sprachkurse von 600 RM auf 1000 RM
- Hilfsstipendien von 3000 RM auf 5000 RM
- Sonderunterricht für normale, infolge besonderer Umstände zurückgebliebene Kinder von 3000 RM auf 15 000 Reichsmark
- Unterstützungen an in Not geratene Lehrer sowie Angehörige und Hinterbliebene von solchen sind 2000 RM einzustellen
- Bäder von 12 000 RM auf 15 700 RM
- Straßenbahnfahrten von 60 000 RM auf 80 000 RM
- Planetarium, Besuch desselben, sind 10 600 RM einzustellen
- Kinderpeisung von 300 000 RM auf 500 000 RM
- Außerordentliche und unvorhergesehene Ausgaben von 50 000 RM auf 122 530 RM

Genosse Gabel: Wenn berücksichtigt wird, daß im Reich eine bürgerliche Regierung, in Sachsen eine sogenannte Faschistenregierung, in Thüringen eine Naziregierung und in Dresden ein sozialdemokratischer Bürgermeister am Ruder ist, so kann man eine Tatsache immer feststellen, nämlich: alle sind für die ausführenden Organe der kapitalistischen Säuglinge der Industrie und der Börse. Und wenn dann weiter mit Billigung der sozialdemokratischen Fraktion Abträge über Abträge am Schulaufwand vorgenommen werden, so liegt das nur in derselben Linie des von der SPD getriebenen konsequenten Arbeiterverraates.

Külz bringt den Maulkorb

Külz (Demokrat) beantragt die Beschränkung der Redezeit auf 15 Minuten. Genosse Schrapel: Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet ein Bürgerlicher, der mit der SPD gemeinsam die Herabsetzung der Fürsorgebedarfsätze im Rat in Szene setzte, diesen Antrag einbringt. Gegen die Stimmen der Kommunisten und Nazis wird die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt.

Clajus (Demokrat) stellt den Antrag, bei den Milchhändlern vorstellig zu werden, die Milchpreise in den Schulen herabzusetzen. (Der Mann bleibt ewig Optimist.)

Frank: Als Berichterstatter: Ich bedaure nur die Tribünenbesucher, die Herrn Gabel Beschlüsse gefaßt haben. Die von den Kommunisten aufgereizte Demonstration gegen den Haushaltsplan, Konten Schulen, ist zu begrüßen. — In dieser Tenor geht keine Rede weiter, bis er zum Schluß erklärt: „Da wir eben keine Mittel haben, müssen wir uns mit dem abfinden, was vorhanden ist. Man kann wohl den Mund schrecklich aufreißen, aber wenn man sich vergewissert, daß keine Mittel vorhanden sind, so kann auch nichts geschehen.“

Das ist das A und O ihrer Politik, Genosse Gabel: Ich habe nur die Anträge gestellt, die bereits vom Schulausschuß gefordert waren. Wenn heute die SPD Streichungen an der Vermittlungsfreiheit vornimmt, so erinnere ich an 1919 und an das Vorkriegsprogramm der SPD.

Frank: Wenn Herr Gabel das in den Ausschüssen gesagt hätte, was er heute vorbringt (Zuruf von den Kommunisten: Wir wollen euch offen entlarren!) — In der allgemeinen Ursache stehen Frantes Ausführungen unter.

Abstimmung: Alle Verbesserungsanträge der KPD werden abgelehnt und Kapitel m. sodann angenommen.

(Fortsetzung folgt.)

Gelbe Kammerzähne. „Ich benutze seit Jahren die Chlorodont-Zahnpaste und bin mit der Verwendung derselben sehr zufrieden. Trotzdem ich ein Kettenträger bin, sind meine Zähne stets blendend weiß. Auch fehlt mir kein einziger Zahn, jedoch ich behaupte, nur „Chlorodont“ erhält meine Zähne gesund.“ S. Gramberg, München. — Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf. und 1 RM, Zahnbürsten, Mundwasser 1 RM. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Rampf gegen das Verbot des Kindertreffens

Aufruf der europäischen Konferenz der KZJ

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der sozialdemokratische Polizeibezernung von Halle hat mit der jadenheintigen Begründung der hygienischen Gefahr das 2. Welttreffen verboten. Wie gewöhnlich, haben sich die Sozialisten als gehorsame Lakaien der Bourgeoisie erwiesen. Kaum hatte die Kirche ihren Unwillen über das rote Welttreffen der proletarischen Kinder geäußert, schon war der sozialdemokratische Polizeibezernung mit dem Verbot da. Natürlich handelt es sich dabei nicht um die Angst vieler Herren für die Gesundheit der Arbeiterkinder. Sie lassen sie arbeiten und schuften, bezahlen ihren Eltern einen Hundelohn oder eine schäbige Arbeitslosenunterstützung, lassen die Kinder hungern und in Wohnhöhlen hausen. Aber wenn diese Kinder aufmarschieren wollen für ihre Forderungen, für ein besseres Dasein, dann muß ihre Gesundheit „geschützt“ werden.

Das Verbot des Welttreffens ist nicht nur eine Sache der Kinder, sondern eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse. In der ganzen Welt muß sich eine Protestwelle der Arbeiterschaft gegen diesen Streich der Sozialdemokratie erheben. Wir wenden

Gegen das Glatverbot!

Die am 4. Juli in Zwickau im Goldenen Becher stattfindende öffentliche Versammlung der KPD protestiert aufs schärfste gegen das Verbot des 2. Welttreffens der Arbeiter- und Bauernkinder in Halle. Sie unterstützen den Kampf des Komitees gegen das Verbot des Glat. Die Anwesenden fordern alle Arbeiter auf, ihre Kinder zum 2. Welttreffen zu schicken und den Kampf der jüngsten Generation aktiv zu unterstützen. Es lebe das 2. Welttreffen der Arbeiterkinder!

ans an die sozialdemokratischen Arbeiter, in einer Front mit uns gegen diesen klassenverräterischen Schlag der sozialfaschistischen Führer zu kämpfen. Insbesondere die deutsche Arbeiterschaft, in deren Land das Welttreffen stattfinden sollte, wird den Kampf aufnehmen für die Durchführung des Welttreffens (Glat). Wir rufen dem deutschen Proletariat zu: Kämpfe in internationaler Solidarität, in internationaler Front die Abhaltung des 2. Welttreffens.

Wir rufen alle revolutionären Organisationen, alle Arbeiter zum Protest! Jetzt erst recht revolutionäre Erziehung des Arbeiterkinds! Die Antwort auf das Verbot muß die Stärkung der Reihen des kommunistischen Kinderverbandes sein! Alle Kinder hinein in die revolutionären Kinderorganisationen! Junge Arbeiter, stellt euch zur Verfügung als Leiter und Helfer!

Antifaschistische Arbeiterwehr Radeberg delegiert ein Kind zum Welttreffen!

In der letzten Versammlung sprach ein Genosse über das Verbot des 2. Welttreffens. Um praktisch gegen das Verbot zu kämpfen, wurde beschlossen, die Fahrt eines Kindes zu finanzieren und zum Treffen zu entsenden.

Überall müssen solche Beschlüsse gefaßt werden, so kämpft ihr am besten gegen das Verbot. Welche von den KZJW-Gruppen meldet den nächsten Delegierten?

5000 Kinder zum Glat ist das Ziel, das wir uns in Sachsen gestellt haben. Helft mit, geht auf die Sammelstellen für das Welttreffen. Parole: Trotz Verbot fahren alle zum 2. Glat nach Berlin!

Verdoppelt und verdreifacht die Sammlungen für das Kindertreffen!

Durch das Verbot sollte die internationale revolutionäre Front geschwächt werden. Sorgt dafür, daß das Gegenteil eintritt, das Kindertreffen abgeschlossen wird und tausende neue Kinder in den revolutionären Erziehungsorganisationen erloht werden.

Kampf dem Verbot!

Für die Durchführung des Welttreffens!

Für die Stärkung der revolutionären Kinderorganisationen!

Der Stab des Weltkindertreffens

2. Europäische Konferenz der KZJ.

Die Vertreter der europäischen kommunistischen Parteien.

Lehrer verbieten den Kindern die Teilnahme am 2. Welttreffen

In der Martin-Römers-, Georgen- und anderen Schulen in Zwickau drohen die Lehrer, daß die Eltern, wo die Kinder zum 2. Welttreffen fahren, ganz hohe Strafen bekommen. Auch wer im ZSB weiter drin bleibt, wird mit Strafen belegt.

Am 2. Juli wurde in allen Klassen von den Lehrern Stellung zum 2. Welttreffen genommen. Die Kinder wären viel zu klein, sie verständen nichts von Politik. Sie sollten lieber in der Schule etwas lernen.

Arbeiterkinder! Herans zum 2. Welttreffen, trotz Verbot marschieren wir zum 2. Welttreffen auf!



Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder 1930

Die ersten Sammelergebnisse zum 2. Glat in Berlin

123 Dresden: Gruppe Neustadt-West über 100 Mark

118 Falkenstein: 93,25 Mark.

24 Mark sammelte ein Pionier in zwei Stunden für das Welttreffen!

In zwei Versammlungen wurden 18 und 31 Mark gesammelt.

Wo bleiben die anderen Unterbezirke?

Wer macht's nach?

Berichtet sofort, was jede Gruppe gesammelt hat!

Rüftet überall zum Solidaritätstag am 13. Juli 1930

im Walde an der Moritzburger Chaussee / 600 Meter hinter dem Wilden Mann

Festungsgefangene müssen um ihre Rechte kämpfen

Von dem Genossen Ludwig Kaiser, der zur Zeit eine Festungstrafe von 2 Jahren in der Festung Gollnow verbüßt, erhalten wir nachstehenden Brief, der zeigt, wie man mit den Festungsgefangenen umgeht, läßt aber auch gleichzeitig die Frage offen, weshalb man die Festungsgefangenen von einer Festung nach der anderen transportiert. Wir geben den Brief des Genossen Kaiser wieder und fordern die Arbeiterschaft auf, den Wunsch des Genossen Kaiser in die Tat umzusetzen. Um einen großen Erfolg unserer Werbe- und Sammelpagane zu erzielen, sollen uns die Briefe aus den Gefängnissen hierzu besonders anspornen.

„Bielefeld, den 27. Juni 1930.

An die
Kote Hilfe, Bez. Sachsen
Dresden.

Werte Genossen!

Ich mache Euch davon Mitteilung, daß ich zusammen mit sechs anderen Genossen nach der Festungshofanstalt Bielefeld verlegt worden bin.

Nach einer äußerst strapazierten Reise sind wir gestern hier eingetroffen und sind angeht der enormen Verschlechterungen, die wir erfahren, in äußerst erregter Kampfstimmung. Die Festungsabteilung ist im höchsten Gerichtsgefängnis untergebracht und sieht darnach aus. Während wir in Gollnow Festungstuben mit großen Fenstern hatten, sieht man uns nun in Gefängniszellen. Das Essen ist schandlos. Wir erhalten vorläufig noch dasselbe wie die Strafgefangenen. Unser Staburlaub ist eingeschränkt worden. In Gollnow konnten wir vormittags auf den Hof gehen und Sport treiben. Hier dürfen wir den Hof gar nicht betreten. Das Unterbrot aber ist, daß man gewagt hat, unsere Briefe zu öffnen, obwohl die Festungsordnung unbeschränkten und unbeaufsichtigten Briefverkehr vorsieht.

Revolutionäre Künstler stellen aus

Im Kreisheim ist zur Zeit eine Ausstellung Dresdener Maler zu sehen, die in ihren Bildern proletarische Themen behandeln. Dieser Versuch, das Schaffen der zur Arbeiterschaft gehörenden Künstler den Dresdner Arbeitern näher zu bringen, ist auf jeden Fall zu begrüßen. Aber die Organisations hätten nicht den alten ausgeprägten Weg einer Bilderausstellung gehen sollen; denn sie sollten sich klar darüber sein, daß das Malen von Bildern heute nicht die eigentliche Aufgabe der proletarischen bildenden Kunst ist. Für das Proletariat der Gegenwart ist die bildende Kunst noch von untergeordneter Bedeutung. Die Kunst der Vergangenheit ist ihnen fremd, und eine aus seinen Vorstellungen, seinem Willen gewachsene Kunst ist erst im Entstehen. Warum zeigte man den Arbeitern nicht lieber die Mitarbeit des Künstlers im Kampfe der Arbeiterklasse, d. h. das Gebiet der „proletarischen Kunst“, deren Bedeutung für die heutige geschichtliche Epoche dem Arbeiter vollkommen klar ist, also Plakate für proletarische Versammlungen, Plakette, Transparente, Illustrationen für Betriebszeitungen, und was der proletarische Künstler noch für Möglichkeiten hat, sein Können aktiv in den Dienst seiner Klasse zu stellen. Selbstbilder sind eine Bourgeoisieangelegenheit und bleiben es meistens auch dann, wenn der Maler versucht, ihnen proletarischen Inhalt zu geben. Aber auch eine „proletarische“ Bilderausstellung hätte sorgfamer und systematischer zusammengestellt werden müssen. So hat man z. B. sinnlos einen Dutz hingehängt, der zwar sehr schön und wundervoll gemalt ist, aber mit dem Proletariat gar nichts zu tun hat. Ebenso wenig fällt sich das Proletariat „repräsentiert“ in den Weisheitsbildern von Berger-Berger, Eisa Hauptmann, Kurt Gläse und Alfred Müller, von denen die letzteren nicht einmal ihre Malerei durch ihr Können zu rechtfertigen vermögen. Daß allein der Wille, proletarische Themen darzustellen, zu einem Fiasko führen muß, wenn nicht der neue Inhalt und Form ein organisches Ganzes bilden, dafür sind besonders die Bilder von Weisphal-Kud. ein warnendes

Natürlich gab es hier in den zwei Tagen einen Spektakel, wie ihn die Gefängnisverwaltung sicher noch nicht erlebt hat. Heute kam eiligst der Strafvollzugspräsident aus Hamm hierher und verhandelte mit uns. Es gelang schließlich, wenigstens eine Reihe von Verschlechterungen abzuwehren, ohne daß wir jedoch wieder die Gollnower Verhältnisse erreicht hätten. Es wird wohl noch einen harten Kampf geben.

Indem ich Euch noch recht viel Erfolg für eure jetzt stattfindende Werbekampagne wünsche, verbleibe ich

mit revolutionärem Gruß

Euer Ludwig Kaiser.

Bielefeld, Festungshofanstalt.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die zur Zeit in Bad Töls zur Erholung befindlichen Dresdner Kinder kehren am 12. 7. 30 von dort zurück und treffen am gleichen Tage 23.50 Uhr auf dem Dresdner Hauptbahnhof ein. Die Angehörigen werden gebeten, für Abholung der Kinder zur angegebenen Zeit auf dem Dresdner Hauptbahnhof Sorge zu tragen.

Arbeitslose sozialdemokratische Bürgermeisterpolitik in Kleinnaundorf

(Arbeiterkorrespondenz)

Seit Jahren arbeitet in Kleinnaundorf eine kommunale Totenbestattung. Durch einen Betrag von 2 Mark jährlich werden die Unkosten gedeckt. Nun kommt es aber vor, daß durch die wirtschaftlichen Verhältnisse mancher Erwerbsloser oder Rentner diese Summe von seiner künftigen Unterstützung nicht aufbringen kann, deshalb bekommen sie vom SPD-Bürgermeister Töle einen zwei Seiten langen Brief, ihre Schuld zu bedenken. Diese Art Mahnung läßt natürlich eine ungeheure Empörung unter der Einwohnerschaft aus. Der Bürgermeister schreibt: „Wir haben die Absicht, den Gemeindevorstand die Deckungsfrage vorzulegen und wenn diese nicht gelöst ist, den Abbau der kommunalen Totenbestattung vorzunehmen.“

Nun gut, Herr Bürgermeister, die kommunistische Gemeindevorstandesfraktion möchte sie daran erinnern, daß es bald ein-

mal an der Zeit ist, eine öffentliche Verordnungsgebung einzuberufen, dort wird Ihnen unsere Fraktion die Antwort geben auf Ihre „Deckungsfrage“. Nun noch eine öffentliche Anfrage:

Wo bleiben die 4000 Mark, welche in der Gemeindefolge fehlten, oder sind diese schon gedeckt?

Warum erhöhte man bei dem Gemeindehaushalt 1929 die Miete um 10 Mark jährlich?

So sieht also die Politik eines SPD-Bürgermeisters aus mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit.

Einwohner von Kleinnaundorf, gebt diesen Leuten die gebührende Antwort. Reicht euch ein in die rote Klassenfront, werdet Mitglieder der KPD!

Freitaler Solidaritätstag

Sonnabend den 12. Juli Empfangsfeier Kinder der streikenden Berg- und Hüttenarbeiter. Ab 19 Uhr Gartenfest im Krilles Gäßchen.

Sonntag 6.30 Uhr Gedächtnisfeier der Schmalenkapelle Freital und des Glasarbeiters Hand-Erbsdorf, beide Kapellen treffen an der Wettinburg, Freital-Deuben.

Stellplätze zum Solidaritätsumzug

Bannweg, Kleinnaundorf, Gittersee und Burgl stellen 12.30 Uhr Hopfenstraße, Freital-Burgl, Cohnnaundorf, Naundorf, Rabenau, Hainsberg und Sombodorf stellen 12.30 Uhr am Berg zur Linde, Tambourzug Freital stellt ebenfalls dort. Braundorf, Wurgwitz und Janderode treffen sich 12.30 Uhr bei Schwarz in Janderode. Alle Organisationen Freitals treffen sich auf dem Hauptplatz Goetheplatz, Freital-Deuben. Tharandt, Dippelschwalbe, Schneidemühle, Schmiedeberg treffen sich auf dem Hauptplatz, Freital. Krilles Gäßchen. Am 18 Uhr Empfangsfeier mongolischer Kinder. Bei eintretender Dunkelheit Kinderfestzug. Eintritt frei; jedes Kind, das am Festzug teilnimmt, bezahlt 0.10 Mark. Arbeitereltern, kommt alle, bringt eure Kinder mit. Abmarsch des Umzuges 13.30 Uhr.

Freital. Alle Spieler des Tambourzuges Freital treffen sich am Donnerstag 19.30 Uhr zur Übungsstunde im Kinosaal; jeder Spieler muß erscheinen.

Abrechnung vom Sportfest!

Die Vorverkaufskarten müssen unbedingt bis Mittwoch den 9. Juli beim Gen. Reichwig, Dresden-N., Palmstraße 21, 1. Stof., abgerechnet sein.



AM KOPFHÖRER

Dienstag den 8. Juli:

16.30: Unterhaltungskonzert. Anschließend: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18.05: Antrittsrede zwischen einer Kleinflügelgitarre und einem Wädelchen. 18.30: Französisch 19: Vortrag: Spinnenlektion und Flechtarbeit beim Südsächsischen Bundesrat in Chemnitz. 19.25: Tagesfragen der Wirtschaft. 19.40: Moderne Abtönen. 21.10: Vortrag: Aus dem Leben von Lenin. 21.40: Bratfischkonzert. 22.10: Zeitangabe, Wettervorhersage, Preisbericht und Sportfunk. Anschließend bis 24: Unterhaltungskonzert.

Ämtliche Bekanntmachung

Es ist Klone darüber gefastet worden, daß Hundebesitzer ihre Hunde mit in die Lebensmittelgeschäfte bringen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß nach § 49d der Liegigen Verordnungsordnung das Mitbringen von Hunden in Läden, in denen Nahrung- und Genussmittel verkauft werden, verboten ist. Zuwiderhandlungen werden nach § 49 der Verordnungsordnung fällig bestraft werden.

Brand-Erbsdorf, am 4. Juli 1930.
Der Stadtrat.

Dampf-Wäscherei
Kandler Dresden-N.
Oppellstr. 50
Telefon 33704



Rumbo
Überalles
wäscht von selbst!

Hersteller der besten Rumbo-Seife

Alle Leser

der Arbeiterstimme sind gewöhnt auch dem Inseratenteil die gebührende Beachtung zu schenken, sie

kaufen nur

beeinflusst durch die in den Geschäftsanzeigen gemachten preiswerten Angebote

bei den Inserenten

Dutsches Kaufhaus
Neugersdorf
Hauptstraße — Rosenstraße
Autohaltestelle — Tel. 2995

Kreuz-Apotheke
Neugersdorf, Hauptstraße



2925 000
RM. Rückvergütung

werden im Herbst dieses Jahres an unsere Mitglieder nach Genehmigung der Bilanz durch die Vertreter-Versammlung zur Auszahlung gebracht. Damit keine Verzögerung in der Auszahlung entsteht, bitten wir unsere Mitglieder, die Umsatzkarten und das Mitgliedsbuch **bis spätestens 10. Juli 1930** in den Verteilungsstellen abzuliefern.

Konsumverein

VORWÄRTS

Dank

Für die herzliche Teilnahme durch Wort, Schrift und herrlichen Blumenschauk beim Heimzuge unserer lieben, unvergesslichen Entschlafenen

Frau Emilie Weber, geb. Mirsten

sprechen wir hierdurch allen denen, die uns zu trösten versuchten unseren herzlichsten Dank aus. Im tiefsten Schmerz

Fritz Weber und Kinder

Dresden-Litbau, Deubener Straße 25
Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Nabo Dank“ und „Nanz esst“ mit!



falken Bräu

Das wirklich gute
Dresdner Bier

HELL · SPEZIAL · DUNKEL

Ausschank schon heute
in 700 Gaststätten

FALKENBRAUEREI DRESDEN

Zum 5
Die

Eine der Arbeiteropposition auf dem 4. Die Entwicklung wachsenden nicht entp... zieren Gewe... revolutionäre in welchen den Verier... land auf 400 haben wir in Gewerkschaft... Steigerung... Wer sind der... Städ höher... Entwicklung... honoren Ge... feren zu über... den Typus, i... henden Ges... stellen.
Die bisch... während die... von Monat... eine ganze J... nicht Lebens... stellen eines... feiten, die u... preis im Pr...
Wie org... schiedende F... Wenn m... Presse... nicht nur...

Entscheidend ihr Charakter... noren Presse...
„Es ist gerade... (incaten) e... im Gegente... nicht, man... roten 300 i... hat.“
Das trifft... der Gewerks...
Deswegen... revolution...

Verleihen wir... naren Gewer... überste Gara... wicklung unfer... tung mäßig... Arbeitern felt... tritt, die geme... werden unfer... das eine feste... Entsprchend d... haben für die... den andere Sei... revolutionärer... die Vorausset... beim Auf- u... geordneter Pa... feiten maht...
Wir haben... revolutionärer...

1. Reichs...
2. beizett...
3. beizett...
etwählich

Die finan... vorbandenlein... aufzuwerfen, i... wertvollste... z. B. die Ind... Organe herau... Auflage herau... welches die P... in einer verb... veröffentlich... daß wir 7 b... es notwen... Frage ist lehr

Gen... di

Größt... Selbstlosigkeit i... berufe, forber... den Dömann d... neuen Ri... z... verjüngung e... Proletariat in... der Ausschafu... fernunterstützung... fingen ab und... werde, wenn ei...

Die darau... einberufene Pa... der Kollegen A... gen einstimmig...
„An den Sä...
Die am... Bauarbeiter... neuen Unter... tenweilcher... Kriemunterst... ist, ersehen z... den, damit d...

Zum 5. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale

Die Organisierung der revolutionären Gewerkschaftspresse

Eine bedeutende Rolle bei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiter und in der weiteren Entwicklung der Gewerkschaftsopposition spielt die revolutionäre Gewerkschaftspresse. Schon auf dem 4. Kongress der RGG wurde darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der revolutionären Gewerkschaftspresse dem wachsenden Einfluß der revolutionären Gewerkschaftsbewegung nicht entspricht. Die Bedeutung, die die RGG der revolutionären Gewerkschaftspresse beimißt, kam zum Ausdruck in dem revolutionären Wettbewerb mit den russischen Gewerkschaften, in welchem sich die Gewerkschaftsopposition u. a. verpflichtete, den Leserstand der revolutionären Gewerkschaftspresse in Deutschland auf 400 000 zu erhöhen. Seit dem Reichskongress der RGG haben wir in Bezug auf die Neugründungen von revolutionären Gewerkschaftsorganen und die Ausgestaltung derselben, die Steigerung der Leserschaft, gewaltige Fortschritte zu verzeichnen. Wir sind bereits dem im Wettbewerb gesteckten Ziel ein großes Stück näher gekommen. Aber auf der anderen Seite hat die Entwicklung gezeigt, daß wir bei der Organisierung der revolutionären Gewerkschaftspresse die mannigfaltigsten Schwierigkeiten zu überwinden haben, die es erforderlich machen, die Frage des Typus, der Ausgestaltung der materiellen Basis der revolutionären Gewerkschaftspresse vor den breiten Arbeitermassen aufzurollen.

Die bisher gesammelten Erfahrungen haben uns gezeigt, daß während die Auflage eines Teiles der oppositionellen Zeitungen von Monat zu Monat steigt, ein anderer Teil stagniert und eine ganze Reihe von bezirklichen Gewerkschaftsorganen sich als nicht lebensfähig erwiesen hat. Finanzielle Sorgen und das Fehlen eines Betriebsapparates, das sind die Hauptschwierigkeiten, die uns beim Aufbau der revolutionären Gewerkschaftspresse im Wege stehen.

Wie organisieren wir zum Massenorgan? — Das ist die entscheidende Frage.

Wenn wir Massenorgane schaffen wollen, dann darf unsere Presse

nicht nur für die Arbeiter, sondern auch von den Arbeitern selbst geschrieben werden!

Entscheidend für das Wachstum der revolutionären Presse ist ihr Charakter. Lenin schrieb über die Aufgabe der revolutionären Presse während der zaristischen Herrschaft:

„Es ist ein Mißverständnis, wenn behauptet wird, daß gerade Literaten und nur sie allein (im Sinne von Berufs-literaten) erfolgreich an einer Zeitung mitarbeiten könnten; im Gegenteil, ein Presseorgan wird nur lebendig und lebensfähig, wenn auf fünf leitende und ständig mitarbeitende Literaten 100 und 5000 Mitarbeiter entfallen, die keine Literaten sind.“

Das trifft heute natürlich ganz besonders auf die revolutionäre Gewerkschaftspresse zu.

Deshalb ist die Vorbedingung einer lebendigen, aktiven, revolutionären Gewerkschaftspresse die Schaffung eines breiten Arbeiterkorrespondentenstabes.

Verstehen wir es, breite Massen zur Mitarbeit an der revolutionären Gewerkschaftspresse heranzuziehen, dann ist das die höchste Garantie für den Bestand und die aufsteigende Entwicklung unserer Presseorgane. Nur wenn die revolutionäre Zeitung wirklich das Sprachrohr der Unterdrückten ist, die von den Arbeitern selbst hergestellt, aktiv für die Arbeiterinteressen eintreten, die gewerkschaftspolitischen Fragen populär behandeln, dann werden unsere Zeitungen bald zu einem Massenorgan werden, das eine feste Basis haben und deren Existenz gesichert sein wird. Entsprechend der Rolle und Bedeutung der Frauen und Jugendlichen für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung gilt es auch, besondere Seiten und Beilagen speziell für diese Schichten in der revolutionären Gewerkschaftspresse einzurichten. Schaffen wir diese Voraussetzungen, dann sind die anderen Hemmnisse, die uns beim Auf- und Ausbau unserer Presse entgegenstehen, untergeordneter Natur, deren Beseitigung keine allzu großen Schwierigkeiten macht.

Wir haben in Deutschland zur Zeit folgenden Typus der revolutionären Gewerkschaftspresse:

1. Reichszeitungen der Industriegruppen;
2. bezirkliche Industriegruppen- und Erwerbslosenzeitungen;
3. bezirkliche Oppositionszeitungen für alle Industriegruppen einschließlich der Erwerbslosen.

Die finanziellen Schwierigkeiten unserer Presse, das Nichtvorhandensein irgendwelcher Referenzfonds zwingt uns, die Frage aufzuwerfen, ob die Herausgabe bezirklicher revolutionärer Gewerkschaftsorgane für die RGG noch tragbar ist. Nehmen wir z. B. die Industriegruppe Bau. Für diese werden 7 bezirkliche Organe herausgegeben; 6 von diesen, die in einer relativ kleinen Auflage herauskommen, bringen in der Hauptsache das Material, welches die Berliner Bauarbeiterzeitung „Der Pionier“, die in einer verhältnismäßig kleinen Auflage herauskommt, bereits veröffentlicht hat. Wenn das der Fall ist, ist es dann notwendig, daß wir 7 bezirkliche Industriegruppenorgane herausbringen? Ist es notwendig, die Druckkosten siebenmal zu bezahlen? Diese Frage ist sehr einfach zu beantworten. Und daraus gilt es die

Schlusfolgerungen zu ziehen. Die Herausgabe einer Reichszeitung in einer Massenauslage in der Industriegruppe Bau würde eine enorme Ersparnis an Geld und Arbeitskräften bedeuten, und auch in qualitativer Beziehung würde eine derartige Zeitung ein Fortschritt sein. Ähnlich liegen die Verhältnisse in einigen anderen Industriegruppen. Ohne die Frage der Reichszeitung schematisch für alle Industriegruppen zu stellen, glauben wir doch, daß für bestimmte Industriegruppen die Herausgabe von Reichszeitungen, die allen Anforderungen gerecht werden, die von den Arbeitern an die revolutionäre Presse gestellt werden, zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Im Zeitalter der Konzentration und der Rationalisierung erleben wir bei der Organisierung der revolutionären Gewerkschaftspresse eine Zersplitterung in viele Dutzende von nicht lebensfähigen bezirklichen Organen, die einfach unhaltbar geworden ist und eine gesunde Entwicklung unserer Presse einfach unmöglich macht.

Das revolutionäre Gewerkschaftsorgan, dem die Zukunft gehört, ist zweifellos die einheitliche, zentral herausgegebene Reichszeitung.

Das zentral herausgegebene Organ hat die Möglichkeit, gestützt auf die reichsweitesten Voraussetzungen, bei guter Leitung und

entsprechendem gewerkschaftspolitischen Inhalt, bei weitgehendster Berücksichtigung der Ereignisse in den Bezirken, ein Massenorgan der Industriegruppe zu werden. Dort, wo bezirkliche Industrieorgane bestehen, die materiell sichergestellt sind und eine Massensbasis besitzen, wie u. a. die revolutionären Gewerkschaftsorgane in den Bergbaubezirken, bei den Landarbeitern und Erwerbslosen, wird man sie natürlich beibehalten.

Der Ausbau unserer revolutionären Gewerkschaftspresse, eine der wichtigsten Waffen der RGG im Kampfe um die Eroberung der Massen und gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie, ist eine der wichtigsten Aufgaben. Die revolutionäre Gewerkschaftspresse ist eines der Bindemittel zwischen RGG und den Massen in den Betrieben und

durch die Abonnentenkarte haben wir gleichzeitig die Möglichkeit, alle Anhänger der RGG organisatorisch zu erfassen!

Unsere Lösung: Jeder klassenbewußte Arbeiter muß Leser und Abonnent der revolutionären Gewerkschaftspresse sein! muß jetzt in die Tat umgewandelt werden! Die Kampagne zum 5. RGG-Kongress muß gleichzeitig mit der Aufgabe verknüpft werden, das Ziel, welches wir uns im Wettbewerb mit den russischen Gewerkschaften gestellt haben, zu erreichen, die Fehler und Mängel, die sich bei der Organisierung der revolutionären Gewerkschaftspresse gezeigt haben, zu beseitigen und die Presseorgane der RGG zu Massenorganen auszubauen.

**KAMPFFEST
DER ARBEIT**
am 13. JULI

Eine Woche der revolutionären Gewerkschaftspresse

(RGG.) Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale hat beschloffen, aus Anlaß der Jahrestage wie auch des 5. Kongresses der RGG eine Woche der revolutionären Gewerkschaftspresse zu veranstalten. Die Woche beginnt am 15. Juli, dem Jahrestage der Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Das Erwerbslosenunterstützungs-Kraubgesetz vor dem Sozialpolitischen Ausschuß

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom Donnerstag wurden die Beratungen über die Verlängerung der Sperrfrist fortgesetzt und abgeschlossen. Von der kommunistischen Fraktion lag ein Antrag vor, daß die §§ 90 bis 94 des VAWG, die die Sperrfristen betreffen, gestrichen werden. Der Antrag der Kommunisten wurde abgelehnt, die Verlängerung der Sperrfristen im § 90 von 4 auf 6 Wochen gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Angenommen wurde auch die Kräfthaltung des § 93a, die eine

Verdoppelung der Sperrfristen
in schweren Fällen vorsieht. Abgelehnt wurde mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und zwei Stimmen vom Zentrum die Verlängerung der Sperrfristen im § 93 von 4 auf 8 Wochen. Das Zentrum gab eine der bekanntesten heuchlerischen Erklärungen ab, daß ihre Stellungnahme zur Regierungsvorlage und zu den einzelnen Anträgen nicht als endgültig zu betrachten sei und sie sich weitere Anträge bei der zweiten Beratung des Gesetzes vorbehalten. Als in der zweiten Beratung Zustimmung zu einer Sperrfrist von faktisch 16 Wochen.

Das fordern die Kommunisten gegen Arbeitslosigkeit und Massenelend:

1. Die tägliche Maximalarbeitszeit wird bei vollem Lohnausgleich auf sieben Stunden herabgesetzt; für Bergarbeiter unter Tage, für Jugendliche auf sechs Stunden; die Leistung von Überstunden ist verboten.
2. Den Anträgen auf Stilllegung der Betriebe darf nicht entsprochen werden; ebenso sind alle Betriebseinschränkungen untersagt.
3. Die bereits durchgeführten Betriebsstilllegungen sind sofort rückgängig zu machen.
4. Den durch die Betriebsstilllegungen und -einschränkungen zur Entlassung gekommenen Arbeitern und Angehörigen ist der volle Arbeitsverdienst bis zu ihrer Wiederbeschäftigung weiterzuzahlen. Bei Verlängerung der Arbeitszeit unter sieben Stunden ist der volle Lohnausgleich zu zahlen.
5. Das sind zwei von den zehn Forderungen des Antrages der kommunistischen Reichstagsfraktion zum Arbeitslosgesetz.
6. Arbeiter, Genosse, willst du das auch? Dann bilde mit im Betrieb und an der Stempelstelle die kämpfende Einheitsfront aller Werttätigen!

Abgelehnt wurde ferner der Antrag der Kommunisten, den § 95 wie folgt zu fassen:

„Die Unterstützung auf Unterbringung beginnt mit dem Tage der Anmeldung zur Arbeitslosenversicherung.“

Gegen diesen Antrag stimmten auch die Sozialdemokraten, wie auch gegen den Änderungsantrag zu § 99, der lautet:

„Der Anspruch auf Unterbringung endet mit dem dem Eintritt in ein Arbeits- oder Angehörigenverhältnis vorhergehenden Tag.“

Aus dieser Stellungnahme der Sozialdemokratie ergibt sich, daß ihr Gesichtspunkt über den Kampf gegen die beschleunigten Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung ein betrübliches Manöver ist, da sie ja auch alle Verbesserungsanträge, die von den Kommunisten gestellt werden, mit den Bürgerlichen zu Fall bringen.

Am Mittelpunkt der Beratungen der Sitzung am Freitag stand der Änderungsantrag der Regierung zu § 105. In diesem Paragraphen wird festgelegt, daß in den Lohnklassen 7 bis 11 nur derjenige Anspruch auf die gesetzliche Hauptunterstützung hat, der innerhalb der letzten 18 Monate vor Arbeitslosmeldung eine 52 wöchentliche vericherungspflichtige Beschäftigung nachweisen kann. Ist das nicht der Fall, so treten für diese Klassen die Kräfteunterstützungsgesetze in Kraft. Von den kommunistischen Rednern im Ausschuß wurde die reaktionäre Wirkung dieser beabsichtigten Maßnahme aufs härteste geurteilt. Durch diese Verschlechterung wird die Reichsmasse über 50 Millionen Mark im Jahre den Erwerbslosen rauben. Die Kommunisten beantragten hier Streichung der Regierungsvorlage und verlangen eine Änderung des § 105 dergestalt, daß die Lohnklassen in der Versicherung, die jetzt nur in betrüblicher Abhängigkeit von der Regierung antragsabhängig werden, zu beteiligen sind und eine

einheitliche Hauptunterstützung für alle Erwerbslosen ohne unterhaltungsbedingte Angehörige in der Höhe von 22 Mark pro Woche zuzüglich 4 Mark pro Woche für jeden unterhaltungsberechtigten Angehörigen gezahlt wird.

Zentrum und Volkspartei schwiegen sich in dieser Debatte völlig aus. Das Zentrum brachte lediglich den Antrag ein, die Abstimmung Freitag über diesen, sowie über die weiteren Punkte nicht vorzunehmen, da das Zentrum weitere Änderungsanträge zu stellen beabsichtigt.

Behandelt wurde fernerhin der Änderungsantrag zu § 107, nachdem in der Zukunft nach der Regierungsvorlage beim Zusammenreffen zweier Hauptunterstützungen der Ehegatten, die der Ehefrau um 50 Prozent gekürzt werden soll. Ein ähnliches Ausnahmeverbot fordert die Regierungsvorlage in dem Änderungsantrag zu § 112, wo das Einkommen des Ehegatten, soweit es 35 Mark in der Woche beträgt, auf die Hauptunterstützung des anderen Ehegatten angerechnet werden soll. Die Genossenschaftliche Partei geißelte in der härtesten Weise hier die Ausnahmestimmungen gegen die verheirateten werttätigen Frauen und wies nach, daß eine solche Festimmung die weitere Zerrüttung der bürgerlichen Ehe im Geleise haben muß.

Die Regierungsvorlage fordert eine Verlängerung der Wartezeit für alle Arbeitslosen ohne zulagsberechtigten Angehörige auf 14 Tage.

Die Deutschnationalen verlangen hier sogar bei den ledigen Arbeitslosen der Lohnklassen 8 bis 11 eine Verlängerung der Wartezeit auf 21 Tage. Auch gegen diese reaktionäre Maßnahme trat der kommunistische Redner in härtester Weise auf und wies nach, daß bereits die Verschlechterung der Wittell-Ravette das Elend der ledigen Erwerbslosen in maßloser Weise vermehrt habe. Die Kommunisten beantragten Streichung der §§ 110a und 110b, die Wartezeit vorlesen, und Kräfthaltung des § 110.

„Die Unterstützung wird vom Tage der Arbeitslosmeldung an gewährt.“

Abschlusssatzungen über die anzuwendenden Berücksichtigungen sollen in der nächsten Sitzung am Sonnabend stattfinden. Trotzdem das Zentrum im Augenblick eine Scheinopposition vorzutäuschen, ist mit der Annahme dieser neuen reaktionären Bestimmungen unter Ablehnung aller kommunistischen Verbesserungsanträge zu rechnen.

Bauarbeiteropposition

Mittwoch den 9. Juli 1930 Uhr im Restaurant Schirmer, Nischhofplatz: wichtige Reaktionsitzung der Industriegruppe Bau.

Gewerkschaftsbürokraten weigern sich, gegen die soziale Reaktion Stellung zu nehmen

Großhildorf-Breitnig. Angesichts der katastrophalen Arbeitslosigkeit im Rädertale auch unter den Angehörigen der Bauberufe, forderten eine Anzahl Mitglieder des Bauergewerksbundes den Obmann der hiesigen Zahlstelle, den SPD-Gemeinderatsmitgliedern Reichard Steglitz, Hauswalde, auf, eine Bauarbeiterversammlung einzuberufen, um zu dem neuerlichen Raubzug am Proletariat in der Kranken- und Erwerbslosenversicherung und der Ausschaltung der Angehörigen der Bauberufe aus der Krisenunterstützung Stellung zu nehmen. Stoglich lehnte dieses Verlangen ab und erklärte, daß erst dann eine Sitzung einberufen werde, wenn ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich forderten.

Die darauf von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufene Bauarbeiterversammlung nahm nach den Referaten der Kollegen Kaufmann und Hommel folgende Entschlüsse einstimmig an:

„An den Sächsischen Landtag, Dresden.
Die am 2. Juli im Schützenhaus Breitnig versammelten Bauarbeiter protestieren einstimmig gegen den geplanten neuen Unterhaltungsraub und die Verschlechterung der Krankenversicherung und fordern die Einreichung aller Verufe in die Krisenunterstützung. Da die Not der Bauarbeiter katastrophal ist, ersuchen wir den Landtag, beim Reichstag vorstellig zu werden, damit die Verschlechterung der Erwerbslosen- und Krank-

tenversicherung unterbleibt und ferner sofort Maßnahmen ergriffen werden, um der großen Not der Arbeiterschaft zu steuern.“

Ebenfalls einstimmige Annahme fand folgende Entschlüsse:

„Die am 2. Juli versammelten Angehörigen des Deutschen Bauergewerksbundes sprechen dem Obmann der hiesigen Zahlstelle wegen seines Verhaltens — eine geordnete Versammlungseinberufung zwecks Stellungnahme zur Erwerbslosen- und Krankenversicherungsverfälschung, zu verweigern — einstimmig das Vertrauen ab. Der Obmann der Zahlstelle hat mit seiner Einstellung bewiesen, daß ihm nichts an einer Besserung des Loses der noch arbeitslosen Kollegen und der Einbeziehung der Bauarbeiter in die Krisenunterstützung, gelegen ist und hat sich damit selbst als Helfershelfer des Unternehmers und der bürgerlich-reaktionären Regierung entpuppt. Die Weigerung, eine geordnete Versammlung durchzuführen, widerspricht jedem gewerkschaftlichem Empfinden und der von ihr so hoch gepriesenen Demokratie.“

Kußerdem wurde noch der Kollege Kaufmann zum Landeskongress der RGG als Delegierter einstimmig gewählt.

Die Durchführung dieser Versammlung bedeutet einen weiteren Schritt vorwärts auf dem Wege des revolutionären Kampfes der gewerkschaftlich organisierten Kollegenschaft.

Rund um den Erdball

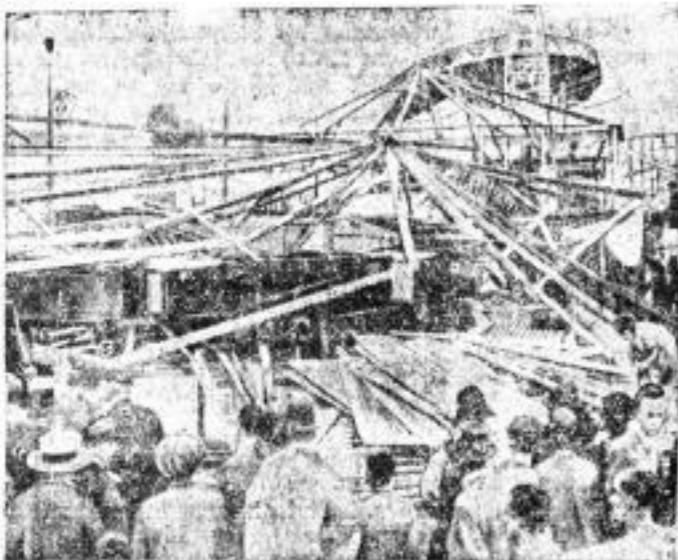
Ein Sonntag der Katastrophen

Riesenüberschwemmungen in Nord-Japan — Erdbeben- und Unwetterkatastrophen in Spanien — Sturm über Dresden — Weinernte im Taunus vollständig vernichtet

London, 7. Juli. Nach einem Bericht aus Tokio haben riesige Überschwemmungen in der Provinz Jamagata, etwa 250 Kilometer nördlich von Tokio gelegen, große Verwüstungen angerichtet. 27 Personen kamen in den Fluten um. Tausende sind obdachlos geworden. Die Flüsse sind stellenweise bis zu 5 Meter gestiegen. Verschiedene Eisenbahnlinien sind durch Erdrutsche unbenutzbar geworden. Eine Anzahl Brücken und Dämme wurden zerstört und die Ernte stellenweise vollkommen vernichtet.

45 Verletzte in Dresden

Dresden, 7. Juli. Hier wurden durch das fürchterliche Unwetter, das Sonnabend abend plötzlich über der Stadt niederging, insgesamt 45 Personen verletzt, darunter 18 schwer. Ueberall wurden Bäume und Schornsteine umge-



So hauste das Unwetter auf der Dresdner Vogelwiese

rissen sowie Dachziegel von den Dächern abgedeckt. In Rosental bei Dresden wurde ein Mann von herabstürzenden Ziegelsteinen getötet. Auf der soeben eröffneten Dresdener Volkswiese wurden die Zeltduben wie Luftballons in die Luft gewirbelt und weitergetragen.

In Heiligenstadt veranderte das Unwetter am Sonntag früh die Straßen in reißende Flüsse. Ueberall hat der schwere Hagelschlag die Erntehoffnungen der Bauern junichte gemacht.

Panikstimmung in einer Reihe südspanischer Städte

Madrid, 6. Juli. Die südspanischen Städte Sevilla, Malaga, Granada und Cordoba wurden in der Nacht zum Sonntag von heftigen Erdbeben heimgesucht. Die Bewohner der Städte verließen in wilder Flucht die Häuser, um sich draußen vor den Stätten in Sicherheit zu bringen.

In Mittel- und Nordspanien wüteten zu derselben Zeit schwere Unwetter, die besonders in den Provinzen Segovia, Gulpuzcoa, Burgos und Sozia ungeheuren Sachschaden anrichteten. Die Getreidernte wurde dort vollkommen zerstört.

In Gulpuzcoa wurde ein Autobus mit sechs Personen von den Fluten erreicht. Sämtliche Insassen ertranken.

In der Provinz Burgos wurden zwei Personen vom Blitzschlag getötet. In der Gegend von Bitoria wütete ein fürchterliches Hagelunwetter, das nicht nur die gesamte Ernte vernichtete, sondern auch viele Gebäude schwer beschädigte. Ueber 20 Personen, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, wurden durch zusammenstürzende Gebäude mehr oder weniger schwer verletzt. Zwei von ihnen sind ihren Verletzungen erlegen.

Unwetter vernichtet die Weinernte im Taunus und Maintal

Mainz, 7. Juli. Ein wolkenbruchartiger Regen mit Hagel wütete im Gebiet von Mainz, im Rheingau, Taunus und Maintal. Hagelkörner in Walnußgröße vernichteten dort die Obst-, Gemüse- sowie die Weinernte fast vollständig. In Fußhöhe lag der Hagel in den Wäldern und Weinbergen. Jüngere Bäume wurden wie Streichhölzer geknickt. Ungezählte Häuser haben Beschädigungen erlitten.

Auch über dem Weinberggebiet der Mittelmosel und der Ruwer zwischen Trier und Berncastel gingen schwere Gewitter mit Hagelschauern nieder. An der Ruwer ist der Rebenbestand in einzelnen Gemarkungen fast völlig vernichtet. Auf der Domäne Kvelsbach wurden

hühnergroße Hagelkörner festgestellt, durch die über 100 Zentnerscheiben zertrümmert wurden.

Zwischen Burgun und Treis lösten die niedergegangenen Wassermengen an einem Berghang Geröllmassen, die zu Tal stürzten und die noch Koblenz führende Landstraße auf einer großen Strecke 3 Meter hoch verschütteten.

Der geplatze Befreiungsballon



Wie wir bereits am Sonnabend mitteilten, ist die hochpatriotische Klamaukstimmung anlässlich des Befreiungsumzugs von einigen Freiballonabstürzen merklich abgekühlt worden. Der Freiballon „Köln“ kam bei dem Malheur am schlimmsten davon. Er wurde durch eine Wasserbombe niedergedrückt, durchschlug zwei Hausdächer und wurde mit seinem Tragkorb in einen Schweinestall hineingedrückt. Der Ballonführer kam dabei um, zwei Mitfahrer wurden leicht verletzt. Unser Bild zeigt die Hülle des geplatzen Befreiungsballons „Köln“.

Lübeck: 53. Säugling hingemordet

Lübeck, 7. Juli. Mit grausamer Unerbittlichkeit steigt die Zahl der Todesopfer in Lübeck von Tag zu Tag. Nach Meldung des Gesundheitsamtes vom Montag ist nunmehr der 53. Säugling, der mit dem mörderischen Calmette-Präparat genährt wurde, gestorben. Kranke sind zur Zeit noch 66 Säuglinge. Auch ihr Schicksal ist zum größten Teil unabwendbar. Die Mörder aber, Dr. Deyke, Alstedt und Klok, erfreuen sich immer noch ihrer Freiheit! Allerdings fühlen sie sich durch anonyme Briefe, worin man ihnen Lynchjustiz androht, nicht mehr sicher und sie haben daher um polizeilichen Schutz gebeten, der ihnen natürlich auch bereitwilligst gewährt wurde.

Ganzes polnisches Bataillon erkrankt

50 Soldaten schweben in Lebensgefahr
Warschau, 7. Juli. Beim polnischen Infanterieregiment Nr. 51 in Brzejan erkrankte plötzlich ein ganzes Bataillon an Vergiftung infolge Genusses von schlechtem Fleisch. Ueber 200 Soldaten mußten ins Krankenhaus überführt werden. Rund 50 Proletarier im Waffenrock befinden sich in Lebensgefahr.

Refordwahnsinn fordert ein Opfer

Der Niagarafall hat am Sonnabend mittag wiederum ein Todesopfer gefordert. Ein gewisser Stathatis hat sich in einem eisenbeschlagenen Holzschiff über die riesigen Wasserfälle in die Tiefe stürzen lassen. Das Schiff war innen mit Matratzen ausgepolstert und erwies sich für drei Stunden Dauerstoff. Das eine Tonne wiegende Schiff wurde nach dem Sturz nicht mehr gefunden. Anscheinend ist es vollständig in Stücke gerissen worden und zwischen den Felsen eingeklemmt. Die Hoffnung auf Rettung des waghalsigen Mannes ist ausgeblieben.

Luftmord oder Raubmord?

Am Sonntag vormittag wurde auf einem Acker, gegenüber des Steitiner Friedhofes, die 25jährige Lotte Hildebrand ermordet aufgefunden. Die ersten Anzeichen deuteten auf einen Luftmord, jedoch kann nach den bisher vorliegenden Meldungen auch ein Raubmord in Frage kommen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Paratyphuserkrankungen in Darmstadt

Im Elisabethenstift in Darmstadt sind nach dem Genus von Griechpudding 50 Personen an Paratyphus erkrankt. Ein Drittel der Erkrankten sind Schwestern und Hausangestellte. Bisher sind drei Todesopfer zu verzeichnen.

Beim Start zum Ozeanflug abgestürzt

Ein englischer Piloter ist am Sonntag bei seinem Start zu seinem Atlantikflug von Irland nach Neufundland, kurz nachdem er aufgestiegen war, abgestürzt. Die Maschine wurde vollständig zertrümmert. Der Piloter wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert.

Spanisches Unterseeboot gesunken

Im Hafen von Ferrrol stießen zwei spanische Unterseeboote zusammen. Ein Boot wurde dabei so schwer beschädigt, daß es in kurzer Zeit sank. Doch konnte die Besatzung gerettet werden.

Beginn des Mordprozesses Meußdörfer

Die Angeklagten schildern die Schreckensnacht

Bayreuth, 7. Juli. Am Montagmorgen begann vor dem Bayreuther Schwurgericht der Prozeß gegen die beiden Angeklagten Friedrich Schuberth und Hans Popp, die beschuldigt werden, Anfang November vorigen Jahres die Frau des Kommerzienrats Meußdörfer aus Kulmbach in ihrem Schlafzimmer beraubt und ihren Tod verschuldet zu haben.

Einleitend wird der Angeklagte Schuberth vernommen. Er schildert, daß er durch die Frau seines Mitangeklagten, also durch

Frau Popp, die früher bei Meußdörfer angestellt war, Einblick in die Verhältnisse des Hauses des Kommerzienrats genommen habe. Hierbei wird festgestellt, daß Schuberth bereits im Jahre 1921 einmal versucht hat, auf Meußdörfer einen Ueberfall auszuführen.

Dann schildert der Angeklagte die Ausführung des Verbrechens. Er habe am Abend, als sie sich schon auf dem Meußdörferschen Grundstück befanden, das Hausmädchen in das Wajshaus gehen sehen. Dann hätten sie sich aus einer der Kammetn eine Tasse genommen,

das Futter herausgerissen und sich daraus Gesichtsmasken zurechtgemacht, die sie umgebunden hätten.

Über ursprüngliche Absicht sei gewesen, Meußdörfer im Garten zu überfallen. Zu diesem Zwecke hätten sie sich auch Pfeister eingekauft. Am Morgen seien sie dann in das Schlafzimmer Meußdörfers hinaufgestiegen.

Oben auf dem Balkon haben sie gewartet, bis die Hausbewohner zu Bett gegangen waren. Da sie in dieser Minute noch den Plan hatten, Meußdörfer in seinem Schlafzimmer zu überfallen, wäre Popp an dessen Bett geschnitten, um nachzusehen, ob dort nicht ein Revolver liegt. Darauf seien sie in das Schlafzimmer der Frau Meußdörfer gedrungen. Als der Angeklagte Schuberth die Tür zum Schlafzimmer Meußdörfers zumachen wollte, habe er bereits gesehen, daß der Mitangeklagte Popp Frau Meußdörfer überfiel, worauf die Ueberfallene laut aufgeschrien habe.

Schuberth wollte dann Popp zu Hilfe eilen und versuchte Frau Meußdörfer zu freiben. Doch gelang es ihm nicht, da die Frau den Mund fest zusammenpreßte. Auch ein zweites Anedelversuch mißglückte.

Als Schuberth dann sah, daß nichts zu machen sei, will er Popp veranlaßt haben, zu verschwinden, doch dieser wollte nicht unversichertes Ding zurücklassen und bemerkte, man müßte wenigstens das Wirtschaftsgeld suchen. Dann hätten sie Frau Meußdörfer nach Geld gefragt, die ihnen zuerst erklärte, keinen Pfennig im Hause zu haben.

auf weitere Drohungen hin habe sie aber gestanden, daß das Haushaltsgeld im Schimmel im Parterre liege.

Man habe dann aus dem Nachtschloß die Schlüssel genommen, womit man dann die Schublade durchgesehen habe, jedoch, ohne Geld zu finden. Man endlich entschlossen die beiden sich, unversichertes Ding wieder zu verschwinden. Und wieder ging's den Blickleiter hinunter. Noch auf ihrer Flucht hörten sie, wie Frau Meußdörfer fortwährend laut um Hilfe rief.

Nach 20 Jahren — Augenlicht wiedergewonnen



James Joyce, der irische Schriftsteller, der durch seinen bedeutenden experimentellen, jedoch bürgerlich ideologisch beengten Roman „Ulysses“ weltbekannt geworden ist, ist jetzt, nachdem er 20 Jahre blind gewesen ist, wieder überraschend sehend geworden. Joyce besuchte vor wenigen Tagen eine Aufführung der Pariser Oper. Mitten im Spiel kehrte ihm plötzlich das Sehvermögen zurück. Durch seinen jubelnden Ausruf: „Ich kann ja wieder sehen!“ wurde auch das Publikum auf diesen ungewöhnlichen Vorgang aufmerksam und nahm im folgenden an der Person des irischen Dichters weit größeren Anteil als an den Vorgängen auf der Bühne.

Tag
6. Ja
In d
ratung
Bindung
erhält zur
Abg.
der Erlpa
Willen de
teuer n
len wird
müß einbe
Beifall re
Abg.
zur Kriort
erfüllt. G
früher ver
gemacht w
ruhenden
Mit d
freiber
oder b
Es ist auf
Son der
auch heute
Jahre vert
ist. Dama
Einkommer
die jetzige
Mehrheit
müß auch
ständig
Beifall b.
Abg.
wirklichen
dien jup
liche n. S
Abg. T
rung ein g
und wirtsch
aktion ist n
Freue n
die Gemein
auch noch d
zu einer S
sondern in
nen erfolge
der Gemein
Kreuer u
Kreuer
Nach f
die Beratun
Die R
Arbeitsgeber
gleich ob
in Ehepaar
Bungerprogr
Das rote
st der St
hatte im gro
aufgrufen
shimus
kündige Red
jedoch sei
Genosse K
Demagogie
Beginn war
Von der
geperzt. I
den. Sie d
einer Par
1200 teiln
Genosse K
ren künstliche
gefüllt, die in
drug brachten